

**1974 - 1994
20 Jahre Neonazis
in Hamburg**

NL → jung · national · bissig · parteiisch

4 DM
SchülerInnen 3 DM

ANTI-
Antifa

VORWORT	3
DIE OFFIZIELLE SICHT	4
WIE ALLES ANFING - NSDAP UND „HANSA BANDE“	5
1974 – NSDAP-Treffen im Haus des Sports mit Christophersen und Lauck	5
Die „Hansa Bande“ Michael Kühnens	5
Die Eselsmasken-Aktion	6
Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS)	7
Frauenpolitik – Fehlanzeige!	7
Der Mord an Johannes Bügner	8
CHRISTIAN WORCH - AKTIVIST DER ERSTEN STUNDE	9
Rechte Hand von Michael Kühnen	9
Im Führungskreis der „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front“ (GDNF)	10
Worchs Aktivitäten – eine Chronologie	10
Organisator des „Aufbauplanes Ost“ und der Heß-Märsche	11
Organisator des Nazi-Terrors („Anti-Antifa“, „Einblick“)	13
JÜRGEN RIEGER - ANWALT DER BRAUNEN SZENE	14
Aktivist des Neonazismus	14
Anwalt der alten und neuen Nazis	15
Sein Landhaus in der Heide	16
Braune Rechtshilfe	17
DIE FAP	18
Nach Verbot der ANS „Unterschlupf“ der Neonazis	18
Die Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands (FAP) in Hamburg	18
Das Komitee Adolf Hitler	19
Friedhelm Busse – ein Nazi und Krimineller	20
Die Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek und die Brüder Goertz	20
Die Nationale Liste Hamburg	21
Willi Wegner – eine Nazi-Karriere	23
BRAUNE TECHNIK-FREAKS	24
Nationales Infotelefon Hamburg	24
Datennetze der Neonazis	24
Eine Bewegung in Waffen	25
Nazi-propaganda durch Grundrechte geschützt?	25
TERROR VON RECHTS	27
Die Zeitschrift „INDEX“ (Hamburg 1992)	27
Der „EINBLICK“ – Aufforderung zum Terror	27
Der Fall Wilhelmshaven	28
Hamburger Vorfälle	28
RECHTES AUS HAMBURG	30
Bergedorf – ein Zentrum der Neonazis	30
Braunes an den Universitäten	30
Nazis und Homosexuelle	32
Nazi-Anschläge in Hamburg und Umgebung-eine unvollständige Sammlung	32
UNERLAUBTE FRAGEN?	34
LITERATUR UND (EIN PAAR) ADRESSEN	35
INTERVIEW MIT JÜRGEN BRAMMER	36

Impressum

Herausgeber:
Antifaschistische Gruppe
„DRUSCHBA NARODNYCH“

c/o Hamburger Satz- und
Verlags-Kooperative GmbH
Schulterblatt 58
20357 Hamburg

V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff
Erscheinungsdatum: 07.10.1994
2. unveränderte Auflage

Bestellungen an die
Verlagsadresse

Normalpreis 4DM
Preis für SchülerInnen 3DM
plus 1 DM/Heft
Porto bei Versand

Zum Titelblatt:

Das Foto zeigt die Teilnehmer der
Veranstaltung im Haus des Sports, von links:
Wolf-Dieter Eckart,
H.J. Neumann,
Gary Rex Lauck,
Thies Christophersen,
Willi Wübbels

Vorwort

Eine Dokumentation über die Neonazi-Szene in Hamburg erschien uns schon seit längerer Zeit überfällig. Seit nunmehr 20 Jahren, angefangen von einer Veranstaltung im Herbst 1974 im Hamburger „Haus des Sports“, wo die Gründung einer NSDAP in Hamburg beschlossen wurde, bis heute können Kader des Neonazismus in Hamburg ihr Unwesen treiben, ohne daß sie wesentlich von den Behörden behindert werden. Wenn heute Nazis in Deutschland mit nahezu unverhülltem Hitlergruß aufmarschieren, wenn sie sich je nachdem mit braunen, SA-ähnlichen oder schwarzen, SS-ähnlichen Uniformen kostümieren, wenn in immer dreisterer Form die Verbrechen des Faschismus, die Gaskammern in Auschwitz und die systematische Judenvernichtung geleugnet werden, so hat all dies seinen Anfang in Hamburg genommen. Zu nennen sind dabei insbesondere Jürgen Rieger, Christian Worch und Thomas Wulff, die im heutigen Netzwerk des Neonazismus eine zentrale Rolle spielen und deren Bedeutung weit über die Grenzen Hamburgs hinausgeht. Wann die Erklärung des Hamburger Senats vom Sommer 1993, nunmehr das Verbot der „Nationalen Liste“ zu beantragen, zu Maßnahmen führen wird, steht in den Sternen.

Die zentrale Bedeutung dieser Nazis steht in einem merkwürdigen Gegensatz zur staatlichen Politik, die bislang nur wenig Interesse daran bekundete, diesen Vögeln das Handwerk zu legen. Und während die Hamburger obersten Verfassungsschützer wie der verstorbene Christian Lochte und sein Nachfolger Ernst Uhr-lau sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit als herausragende intime Kenner der bundesdeutschen Neonazi-Szene darzustellen versuchen bzw. versuchten, reicht das Wissen der Polizei offenbar nicht aus, diese Nazis effektiv aus dem Verkehr zu ziehen. Das neueste Beispiel hierfür ist der Terror gegen Jürgen Brammer, der Anfang 1994 über ein Nazi-Pamphlet „Nationales Echo“ der interessierten NS-Szene als Opfer präsentiert wurde; bislang bestand der Nazi-Terror zum Glück „nur“ aus Telefonanrufen und Drohbriefen. Eben dieses „Nationale Echo“ war der Staats-

2. Der Beamte [REDACTED] SCH [REDACTED] soll einer Gruppierung der rechten Szene angehören. An den Wochenenden nimmt er an sogenannten Wehrsport-Übungen teil. Diese sollen im Bereich Sachsenwald stattfinden. Der SCH [REDACTED] hat geäußert, daß er negroide Personen "haßt". Auch er soll an Mißhandlungen gegenüber farbigen Personen teilgenommen haben. Der Beamte gehört zur III. Gruppe der PD 125/1.

1. Der Beamte [REDACTED] W [REDACTED], ebenfalls III. Gruppe der PD 125/1, hat sich nach Angaben des Hinweisgebers für den rechten Bereich beim LKA 3 beworben. Ob er dort schon seinen Dienst versieht, konnte nicht geklärt werden. Er hat ebenfalls geäußert, daß er Kontakt zu rechten Personen hat. Wörtlich sagte er -
Wenn ich beim LKA 3 bin, kann ich in Ruhe mit meinen Freunden ein Bier trinken und bekomme noch Geld dafür.

Unter anderem waren diese Anschuldigungen gegen Polizeibeamte Anlaß für Hamburgs Innensenator Hackmann, im September 1994 zurückzutreten. Zumindest der Vorwurf gegen einen der beiden Polizisten hat sich offenbar bestätigt.

schutzabteilung der Polizei vom Verfassungsschutz einige Tage vor dem ersten öffentlichen Auftauchen des Hetzblattes zugeleitet worden – aus einer „nicht gerichtsverwertbaren Quelle“. All dies deutet darauf hin, daß die Aktivitäten in der Hamburger Neonazi-Szene durchaus unter den Augen der zuständigen Behörden stattfinden.

Einen letzten Anstoß zur Herausgabe dieser Dokumentation gab der Rücktritt des Hamburger Innensenators Hackmann (SPD) im September 1994. Anlaß für seinen Rücktritt war ein Bericht eines Polizeibeamten, der nicht nur mehrere seiner Kollegen rassistischer Übergriffe und Gewalttaten beschuldigte, sondern namentlich auch zwei Kollegen benannte, die mit Neonazis sympathisierten. Einer von diesen beiden soll sich zum Staatsschutz versetzt haben lassen, um so – wie der Bericht behauptet – „mit seinen Freunden auf Staatskosten Bier trinken“ zu können. Der andere wird beschuldigt, mehrfach an Wehrsportübungen im Sachsenwald teilgenommen zu haben. Genauer ist dem Bericht nicht zu entnehmen. Der Verfasser wird mittlerweile als unglaubwürdig darzustellen versucht, der seine Informationen „vom Hörensagen“, also von Dritten habe. Bestätigt allerdings scheinen die Kontakte zumindest eines Beamten in die rechtsradikale Szene.

Völlig im Dunkeln liegt derzeit auch die neonazistische Wehrsportgruppe, an deren Übungen der Beamte teilgenommen haben soll.

Die vorliegende Zusammenstellung beschränkt sich auf die Darstellung der Neonazi-Szene um Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) und Nationale Liste (NL), die wir auch wegen ihres Auftretens manchmal als „Schaftstiefel-Faschisten“ bezeichnet haben. Rechtsradikale Gruppen wie Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Hamburger Liste für Ausländerstop (HLA), Deutsche Volkunion (DVU) oder REPs sind hier nicht das Thema.

Während noch vor wenigen Jahren die Neonazis bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht hatten, als eigene Partei zu kandidieren, hat sich dies seit den Verboten und Verbotsdrohungen von Ende 1992 verändert. Christian Worch hat nicht nur im Herbst 1993 die Kandidatur des rechtslastigen CDUlers Heitmann zum Bundespräsidenten unterstützt, sondern ruft seit dem Frühjahr 1994 die Naziszene gegen erheblichen Widerstand in den eigenen Reihen zur Wahl der Republikanern auf.

Eines noch vorweg: Wenn mensch sich sehr lange und intensiv mit Neonazis beschäftigt, so kommt es leicht zu einer Überschätzung dieser Vögel. Davor sollten wir uns hüten – Paranoia ist nicht angesagt.

Die offizielle Sicht

Im Hamburger Verfassungsschutzbericht für 1993 werden für Hamburg 1400 organisierte Rechtsextremisten angenommen. Das ist in etwa eine Verdoppelung der Zahlen seit Mitte der 80er Jahre und wird vor allem mit dem Anwachsen der „Deutschen Volksunion“ (DVU) des Gerhard Frey begründet. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten nahmen von 1992 auf 1993 leicht zu: von 383 auf 397, wobei die Mehrzahl der Delikte eine eindeutig fremdenfeindliche Ausrichtung aufweist. Die Zahl der militanten Skinheads, die vom Verfassungsschutz als das größte Gewaltpotential angesehen werden, soll von 120 auf 100 gesunken sein. Als Mitgliederzahlen der einzelnen rechten Gruppen wurde Ende 1992 dabei folgendes angegeben: Nationale Liste mit 30 Mitgliedern; FAP: 15 Mitglieder. NL und FAP werden von etwa 100 rechtsradikalen Skins unterstützt. Diese Skinheads haben auch Kontakte zum amerikanischen „KuKluxKlan“ (KKK), der periodisch in Deutschland mit Aktivitäten hervortritt. Die NPD hat etwa 100 Mitglieder, die NPD-nahe „Hamburger Liste für Ausländerstop“ (HLA) 180 Mitglieder, die

„Deutsche Volksunion“ etwa 700. Die Republikaner haben 150 Mitglieder und die „Deutsche Liga“ war 1993 in Hamburg noch im Aufbau. Ende 1992 wurde die Zunahme rechter Aktivitäten zum Anlaß genommen, neunzehn weitere Beamte beim Staats- und Verfassungsschutz einzustellen.

Als von besonderer Bedeutung wird vom Verfassungsschutz (VS) die zunehmende Vernetzung des „nationalen Lagers“ angesehen, durch die die bislang zersplitterten rechtsextremistischen Organisationen immer enger zusammenarbeiten und neue Organisations- und Kommunikationsformen entwickeln würden. Namentlich genannt als eine solche gemeinsame Organisationsform wird das in Hamburg ansässige „Deutsche Rechtsbüro“, eine bundesweit operierende juristische Selbsthilfeeinrichtung der Neonazi-Szene, die regelmäßig über die rechtlichen Fragen von Nazi-Aktivitäten aufzuklären versucht. Tips gibt für „legale“ Aktionen etc. Eine wesentliche Rolle bei dieser Vernetzung spielen auch zunehmend die neuen elektronischen Kommunikationsmedien wie Mailboxen in Computernetzen, Info-Telefone etc.

Eine herausragende Rolle dabei spielt nach Ansicht des VS Christian Worch,

„nur“ stellvertretender Chef der Nationale Liste Hamburgs, der mit seiner im Sommer 1992 ins Leben gerufenen „Anti-Antifa-Kampagne“ ein Stichwort für den Aufbau „organisationsübergreifender Strukturen“ gegeben habe.

Innerhalb des militanten rechten Lagers sei – so der VS weiter – durchaus die Tendenz „geplanter rechtsextremistischer motivierter Gewalttaten“ gegeben, was auf gut deutsch nichts anderes bedeutet, daß innerhalb der Nazi-Gruppen offenbar Überlegungen angestellt und Vorbereitungen getroffen werden, mit explizit konspirativ-terroristischen Methoden vorzugehen. Die Möglichkeit einer „braunen RAF“ wird an die Wand gemalt. Diese Tendenz könne, so der VS warnend, durch zunehmende „Repressionsmaßnahmen des Staates“ geradezu gefördert werden. Es könnten „zur Militanz neigende Rechtsextremisten zu dem Ergebnis kommen, daß anstelle legaler Arbeit nur noch Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele möglich ist“.

Wenn es nach dem VS ginge, sollte also gegen die Nazis nicht allzuviel getan werden, weil ansonsten von deren Seite Terror drohe.

Bildzeitung vom 2.12.1992

Rechtsradikale in Hamburg

Von CHRISTIAN KERSTING

In Hamburg wühlen sieben rechtsradikale Gruppen mit zusammen 1200 Mitgliedern. Alle werden vom Verfassungsschutz überwacht. Alle hetzen gegen Ausländer. Die Neonazis von der NL und FAP werden von rund 300 Skinheads unterstützt.

Nationale Liste (NL), 30 Mitglieder: Chefs sind Notariatsgehilfe Christian Worch (36) aus Wandsbek und Flugzeugmechaniker Thomas Wulff (29) aus Lohbrügge. Die NL ist am stärksten in Bergedorf, wird von Skinheads unterstützt.

Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), 15 Mitglieder: Chefs sind die Studenten An-

dre Goertz (22) aus Rotherbaum und sein Bruder Glen (25) aus Halstenbek. Schwerpunkte in Harburg und Halstenbek, Skinheads unter den Mitgliedern.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), 100 Mitglieder: Chef ist Frührentner Ulrich Harder (63) aus Klostertor. Die NPD hatte früher bis zu 250 Mitglieder, ver-

liert immer mehr an Bedeutung.

Hamburger Liste für Ausländerstop (HLA), 130 Mitglieder: Chef ist NPD-Boß Harder. Die HLA ist eine eigenständige Gruppe, arbeitet aber eng mit der NPD zusammen. Hat mehrfach erfolglos für die Bürgerschaft kandidiert.

Deutsche Volksunion (DVU), 700 Mitglieder: Chef ist Tischler Martin Krohn (25) aus Rahlstedt. Die DVU ist die mitgliederstärkste rechtsextremistische Organisation, bereitet sich auf die Bürger-

schaftswahl 1995 vor.

Die Republikaner (REP), 150 Mitglieder: Chef ist Rentner Werner Jamrowski (80) aus Billstedt. Die Sicherheitsbehörden stufen ihn als Alt-Nazi ein. Die Reps kandidierten bereits bei der Bürgerschaftswahl 1987, holten 1,2 Prozent.

Deutsche Liga (DL): In Hamburg noch im Aufbau. Wird auf Bundesebene von ehemaligen NPD- und REP-Mitgliedern als neue rechte Sammlungsbewegung organisiert. Bisher nicht von besonderer Bedeutung.

Wie alles anfing – NSDAP und „Hansa Bande“

1974 – NSDAP-Treffen im Haus des Sports mit Christophersen und Lauck

Im Herbst 1974, am 10. November, trafen sich im Hamburger „Haus des Sports“ einige Neonazis, um eine neue NSDAP in Hamburg zu gründen. Mit von der Partie waren der Amerikaner Gary Rex Lauck aus Lincoln in Nebraska/USA, der als Chef der NSDAP/AO gilt. Das „AO“, steht dabei entweder für Aufbau- oder Auslandsorganisation. Aus Deutschland dabei war Thies Christophersen, damals Landwirt aus Schleswig-Holstein und ehemals SS-Wachmann in einem Nebenlager von Auschwitz. Sein „Bericht“ – „Die Auschwitzlüge“ wurde vom Neonazi Manfred

Roeder veröffentlicht und prägte den Begriff „Auschwitzlüge“, der heute allgemein verwendet wird, wenn Nazis die systematischen Verbrechen des historischen Faschismus leugnen. Die FR schlug vor, unter Antifaschisten in Zukunft von „Auschwitzleugnung“ zu sprechen. Manfred Roeder avancierte später zum Chef der terroristischen „Deutschen Aktionsgruppen“, deren Mitglieder 1980 in Hamburg zwei Vietnamesen in einem Ausländerheim umbrachten. Roeder ist heute nach Verbüßung einer langen Freiheitsstrafe als Chef dieser terroristischen Gruppe wieder in Freiheit. Thies Christophersen lebt heute in Dänemark (in Kollund bei Nazi-Freund-

den), weil er sich nach Jahren einer traurigen Justizposse einer endgültig anzutretenden Haftstrafe nur durch Flucht nach Dänemark entziehen konnte. Sein Paß allerdings wurde 1993 mit Hilfe seiner in Süddeutschland lebenden Schwester verlängert, wo Christophersen sich anmelden konnte, obwohl er auf der Fahndungsliste steht.

Aus Hamburg war bei der Versammlung 1974 Wolf-Dieter Eckart dabei, der den ersten Stützpunkt einer neuen NSDAP in Hamburg aufmachte. Mit H. J. Neumann nahm ein weiterer Nazi teil, der wenig später wegen eines Überfalls auf den linken Göttinger Buchladen „polibula“ verurteilt wurde und nach seiner Haft nach Südafrika ging. Außerdem war mit Wilhelm Wübbels, einem Frührentner aus Bocholt, der erste „Reichsleiter“ der neuen NSDAP anwesend.

Ob die 1975/76 vor allem in Hamburg-Altona aktive „Faschistische Front“ des Michael Borchardt mit diesen NSDAP-Aktivisten in Verbindung stand, konnte nie geklärt werden.

Die „Hansa Bande“ Michael Kühnens

Im September 1977 wurden in der Hamburger Innenstadt beim Ritzen von Hakenkreuzrunen in Schaufensterscheiben drei Neonazis festgenommen, die sich als Mitglieder eines „Freizeitvereins Hansa“ ausgaben: Michael Kühnen, Lutz Wegener und Tibor Schwarz. Michael Kühnen, damals Leutnant der Bundeswehr, war noch wenige Monate zuvor als Vertreter eines Vereins „Erbe und Auftrag – Ver-

einigung zur Förderung des monarchistischen Gedankens e.V.“ aufgetreten, bevor er mit diesem als „Hansa-Bande“ berühmt gewordenen Verein eine für die Bundesrepublik erste öffentlich agierende Gruppe von Hakenkreuz-Nazis gründete. Mit ihrem offenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus, ihrer Forderung nach „Wiederzulassung der NSDAP“ etc. durchbrach diese Gruppe ein bislang für die meisten rechtsradikalen Gruppen Deutschland geltendes

Tabu. Die Mitglieder dieses Vereins kamen alle aus der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“, denen die Mutterpartei zu träge geworden war. Für ihre Aktionen konnte die Bande auch auf Mittel der neonazistischen Wiking-Jugend zurückgreifen. So fuhren sie in deren Bus beispielsweise zu Provokationen nach Nürnberg, und der schleswig-holsteinische „Gauführer“ dieses Vereins, Uwe Rohwer, war sozusagen der „militärische Leiter“ der

Bande. Kühnen selbst soll, nachdem er schon als Schüler im Rheinland im NPD-Umfeld aktiv gewesen war, während seiner Bundeswehrzeit in Hammelburg mit Neonazis in Kontakt gekommen sein. Dort soll er den „Auftrag“ bekommen haben, in Hamburg eine NS-Gruppe aufzubauen. Bis zu seinem Ausschluß aus der Bundeswehr konnte er dies als Leutnant und Student der Bundeswehrhochschule von der Bundeswehrkaserne in Rahlstedt aus betreiben.

Die Gruppe selbst agierte unter verschiedensten Namen: Als „SA-Sturm 8. Mai“ wurde sie in den Blättern der „illegalen NSDAP“ bezeichnet; als angeblich unpolitischer „Freizeitverein Hansa“ versuchte sie ihre Treffen etc. legal erscheinen zu lassen. Im November 1977 trat sie auf einer ersten öffentlichen Versammlung in Wandsbek als „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) in Erscheinung; unter diesem Namen operierte sie seitdem auch bundesweit bis zu ihrem Verbot 1983. Später wurde die Gründung der ANS auf den 8. Mai 1977 „vorverlegt“. Von antifaschistischer Seite wurde für die Gruppe der Begriff „Hansa-Bande“ geprägt.

Innerhalb kürzester Zeit hatten die provokativen Aufmärsche die Bande bundesweit bekannt gemacht. Nahezu alle in der Bundesrepublik agierenden übrigen Nazi-Gruppen orientierten sich an der Hansa-Bande: Uwe Rohwer von der Wiking-Jugend in Schleswig-Holstein gehörte ebenso zu den Bewunderern Kühnens wie der Nürnberger Karl-Heinz Hoffmann von der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Die Hansa-Bande wurde auf Titelseiten solcher Nazi-Zeitungen abgebildet wie dem öster-

reichischen Hetzblatt „Sieg“ des mittlerweile nach Spanien abgetauchten Nazis Walter Ochsenberger. Um die Welt ging der Bericht über eine Versammlung von Kühnen, Christophersen, Rohwer und Karl-Heinz Hoffmann im Februar 1978 in Hamburg-Lurup, wo die Polizei diese Versammlung der Neonazis gegen den Protest einiger hundert AntifaschistInnen schützte und den Nazis den Zugang zum Versammlungsort freiprügelte. Die Mehrzahl der an dieser Versammlung teilnehmenden Nazis sind in den nachfolgenden Jahren wegen schwerster Verbrechen verurteilt worden.

Uwe Rohwer von der Wiking-Jugend wurde verurteilt, weil er gemeinsam mit anderen Nazis, darunter Lutz Wegener, auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne niederländische Soldaten überfallen und mehrere Maschinenpistolen geraubt hatte.

Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann haben die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest im Jahr 1980 gelegt, bei der 17 Menschen ums Leben kamen. Im Libanon, wohin sich seine Truppe abgesetzt hatte, soll Hoffmann selbst Mitglieder seiner Truppe qualvoll gefoltert und umgebracht haben, wofür er in Deutschland angeblich nicht belangt werden kann. Als ein weiteres Mitglied verurteilt wurde, weil es den jüdischen Verleger Shlomo Levy und dessen Lebensgefährtin in Erlangen ermordet hatte, hielt das Gericht eine Anstiftung durch Hoffmann nicht für nachgewiesen. Dieser wurde wegen Geldfälscherei schließlich zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Die Eselsmasken-Aktion

Michael Kühnen ging mit seiner Nazi-Gruppe einen etwas anderen Weg. Zwar sind auch aus dieser Bande Terror und Mord hervorgegangen und eine geheime „Wehrwolforganisation“ koordinierte auch die terroristischen Teile des Nazi-Geflechts, hervorstechendes Merkmal aber war der provokativ an die Öffentlichkeit getragene NS-Faschismus. So wurden Versammlungen organisiert, zu denen Journalisten eingeladen wurden, deren einziger Zweck die öffentliche NS-Propaganda war. Die Fahne der ANS war ein „negativ“ dargestelltes Hakenkreuz, der Gruß der berühmte „Kühnen-Gruß“, ein nur unwesentlich abgewandelter Hitlergruß, gegen den angeblich juristisch nichts zu machen sei. Erst jetzt wurde diese Art der „verfremdeten“, dennoch eindeutig als NS-Symbol gemeinten Darstellung von Symbolen unter Strafe gestellt. Zuständig für das Referat Ideologie war damals Christian Worch, der in verschiedenen Versammlungen als Oberleitender aufgetreten ist.

Die international am meisten bekannt gewordene Aktion dieser Truppe war die sogenannte „Eselsmaskenaktion“ im Mai 1978, bei der mehrere Mitglieder der Bande, darunter Tibor Schwarz, Michael David, Michael Buchmann und Christian Worch sich Eselsmasken aufsetzten und Schilder umhingen: „Ich Esel glaube noch, daß in Auschwitz Juden vergast wurden.“ Ausgangspunkt für diese Aktion war das Nazi- und Schwulen-Lokal CanCan des Hansa-Banden-Mitglieds Lothar Wrobel in St. Georg; die Nazis wurden auf dem Weg in die Innenstadt von Polizei gestoppt und festgenommen.

Diese Aktion kann im Nachhinein als der Auftakt eines aggressiv vorgetragenen Geschichtsrevisionismus angesehen werden. Heute ist das Leugnen der NS-Verbrechen in den KZs, hinter der Front durch die faschistischen „Einsatzgruppen“, die systematische Vernichtung der Juden und anderer als minderwertig angesehener Gruppen sowie der politischen Gegner zentrales Anliegen der Neonazis.

20.8.1987: Aufmarsch vor dem Haus des entflohenen NS-Kriegsverbrechers Kappler in Soltau. Von links: Christian Worch, Frank Stubbemann, Michael Kühnen, Tibor Schwarz



Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“

Die Jahre 1977-78 waren für die Nazis um Michael Kühnen Jahre hektischer Aktivität, in denen sie die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ bundesweit auszudehnen versuchten. Zentraler Programmpunkt der ANS war die „Wiederzulassung der NSDAP“. Die Reiseskader Kühnen und Worch bereisten die Republik, wurden in Bremen, Hannover, Nürnberg etc. festgenommen und wegen NS-Propaganda und Volksverhetzung angeklagt; sie unterhielten Kontakte zu Nazi-Terroristen wie der Otte-Gruppe in Braunschweig; Kontakte gab es zu einer „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“ in Bremen und zu Nazi-Gruppen in Kiel. Immer wieder wurden Mitglieder der Gruppe um Kühnen festgenommen, weil sog. Todeslisten gegen Demokraten, prominente Juden und Antifaschisten auftauchten. Mehrere der ANS-Aktivisten wurden wegen Bankraub, Waffendiebstahl etc. verurteilt. Auch in Berlin war eine ANS-Gruppe aktiv, die in einem größeren Prozeß abgeurteilt wurde.

Als erst Michael Kühnen 1978 endlich nach vielen Bewährungsstrafen für längere

Zeit hinter Gittern verschwand und auch Christian Worch – u.a. wegen der Eselsmasken-Aktion – wegen Volksverhetzung und anderen Propagandadelikten Ende der 70er Jahre einsitzen mußten, war die ANS auch ohne diese beiden Chefs bundesweit zur bekanntesten NS-Gruppe geworden, bis sie schließlich 1983 verboten wurde. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes war damals die Blankeneser Wehrsportgruppe Dems das Sammelbecken für die in der Hansestadt führerlos gewordenen Jungnazis. Insbesondere Detlef Brüel, später im FAP-Vorstand und Kühnen-Gegner, tat sich Anfang der 80er Jahre mehrfach als rechtsradikaler Schläger hervor – verteidigt von Jürgen Rieger. Michael Kühnen, 1982 aus einer ersten Haft entlassen und ein knappes Jahr wieder für einen Nationalen Aufbau der ANS aktiv, floh nach dem



26.11.1987:

Christian Worch auf einer ANS-Veranstaltung

ANS-Verbot aus Deutschland, wurde 1984 dann von Frankreich ausgeliefert und mußte für dreieinhalb Jahre hinter Gitter.

Dieses eine Jahr lebte Kühnen an unterschiedlichsten Orten. Neben Unterkünften beim 90jährigen Altnazi Carlus Baagoe in Hamburg waren Pinneberg und Stade bei Edgar Geiss seine Wohnsitze. Überall wurde er, der ja kein Einkommen mehr hatte, von Alt- und Neonazis ausgehalten.

Hamburg war unter Christian Worch der wichtigste, aber nicht einzige Stützpunkt der ANS, die mit Thomas Brehl, dem Frankfurter Arndt-Heinz Marx und anderen ihre bundesweite Ausdehnung organisierte.

Frauenpolitik – Fehlanzeige!

Von Anfang an versuchten die Faschisten, auch speziell zur Frauenfrage Politik zu machen. Von Anfang waren bei den Versammlungen der ANS auch Frauen zu sehen. Mit einer „Deutschen Frauen-Front“ (DFF) sollte eine der „natürlichen Rolle der Frau“ angemessene Organisationsform geschaffen werden, in der die Freundinnen und Ehefrauen der männlichen Kämpfer das ihre für die Bewegung beitragen könnten. Über Ansätze ist dies aber nie hinausgekommen. Die bekanntesten Vertreter dieser „Frauenpolitik“ sind dabei:

Ursula Müller aus Mainz, Ehefrau des Nazis Curt Müller,

Christa Goerth, langjährige Vorsitzende der „Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene“ und Ursula Worch, mittlerweile ihrem Ehemann untreu gewordene Ehefrau von Christian Worch.

„Unser Vaterland wird uns durch andersartige Kultureinflüsse entfremdet, wodurch unser Nationalstolz verlorengeht“ hieß es in einem der 1984 verteilten Flugblätter unter dem Titel: „Ausländerrückführung durch Volksabstimmung“. Bis auf derartige Kleinstansätze ist uns über eine Frauenpolitik der Nazis in Hamburg nichts bekannt.

Nach Ursula Worch, die 1989 den Vorsitz der DFF abgab, versuchte sich die Kühnen-Lebensgefährtin Esther Wohlschläger in dieser Art Frauenpolitik. Wegen ihres jüdischen Vornamens wurde

sie „Lisa“ genannt. Auch sie scheiterte bis heute.

In letzter Zeit wurde immer wieder berichtet, daß in der Skin-Szene deren weibliche Mitglieder, die „Renees“, auch mehr in der aktiven „nationale Politik“ mitmischen wollen. Dem widerspricht aber z.B. der für 1994 vertriebene Renee-Kalender, der diese als PinUp-Girls in Dessous mit Straps und „Nationaler Fahne“ oder Baseballkeule eindeutig als Lustobjekt von Machos darstellt. Gesitteter geht's da bei der Wiking-Jugend zu: „Frauen und Mütter sind und bleiben Lebensträger unseres gesamten Volkes.“ Der „ehrvergessenen Frau“, die ihren eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen folgt und gegen die „Rassereinheit“ verstößt, seien Strafen – wie angeblich früher bei den Germanen, z.B. Ertränken im Sumpf – angemessen.

Der Mord an Johannes Bügner

In Hamburg schien die ANS nach den Verhaftungen von Kühnen und Worch zu zerfallen. Sie wurde sogar „offiziell“ für aufgelöst erklärt. 1979/80 ging auch der Staatsschutz davon aus, daß diese Gruppe nicht mehr existiere. Anfang 1981 formierte sich die Gruppe aber wieder neu, wohl auch in der Erwartung, mit der Haftentlassung der Vorkämpfer wieder einen Aufschwung zu erleben. Ein Martin Buchmann verbreitete ein „info 1“, in dem zum „Rausschmiß von Verrätern“ aufgerufen wurde; in einem „info 2“ vom 25.5.1981 forderte Michael Fruehauf unter dem Pseudonym „Oberst Alexander“, „gegen Perverse, Homosexuelle und Verräter scharf vorzugehen“. Neben einem weiteren wird auch das ANS-Mitglied Johannes

Bügner als „schwul“ geoutet. Beiden wird befohlen, „mit sofortiger Wirkung jeglichen Kontakt zu nationalen Leuten, Kameraden und Organisationen abzubauen, anderenfalls wir Wege wissen, uns vor solchen Elementen zu schützen.“ Unmittelbar vor Abfassung des „info 2“ waren Fruehauf, ANS-Mitglied von Anfang an und Friedhelm Enk, aus der Bundeswehr entlassener Nazi und Krimineller (Gefängnisstrafe wegen Raub; er wohnte auf Empfehlung Kühnens bei Fruehauf und war als Hamburger ANS-Chef vorgesehen), zu einem Knastbesuch bei Kühnen gewesen. In der Wohnung von Willi Wegner wurde dann das weitere verabredet: Am Abend des 28.5.81 fuhren Wegner, Fruehauf, Enk und ein weiteres Gruppen-Mitglied, Olaf König, zum Schwulen- und Nazi-Treff CanCan des Lothar Wrobel am St.Georgs-Kirchhof, holten Bügner aus der Kneipe und fuhren an den Hamburger Stadtrand,

wo Enk auf Anweisung Fruehaufs ihn mit 20 Messerstichen ermordete.

Im Prozeß wurden Kühnen und Worch als Zeugen vernommen und distanzieren sich scheinheilig: „Wir sind eine politische Partei und wir haben die Absicht, in dieser Bundesrepublik die Macht zu übernehmen. Mord gehört allerdings nicht dazu.“ Die Tat sei eine Intrige des Verfassungsschutzes, Enk ein mißbrauchtes Werkzeug etc. Tatsächlich war Fruehauf einen Tag vor dem Mord offiziell vom Verfassungsschutz als Mitarbeiter angeworben worden. Im Urteil schließlich wurde auf den politischen Hintergrund nicht eingegangen. Fruehauf sei ein „verkappter Schwuler“, der seine nicht eingestandene Veranlagung in Aggression gegenüber den schwulen ANS-Mitgliedern umgesetzt habe, Enk sei vollständig in das Schema von Führer und Gefolgschaft eingebunden. Fruehauf und Enk erhielten jeweils eine lebenslängliche Strafe, die drei anderen Beteiligten, die Brüder König und Willi Wegner erhielten Gefängnisstrafen zwischen 10 und 18 Monaten.

Eine Chronologie

Jahr	Hamburg	Deutschland
1974	NSDAP-Veranstaltung im Haus des Sports	
1975	Faschistische Front in Hamburg	
1977	Gründung der ANS in Hamburg	ANS-Aufmärsche in Nürnberg; Zusammenarbeit ANS - WSG-Hoffmann
1978	ANS-Mitglieder verüben Überfälle, rauben Waffen; Kühnen wird verhaftet und im „Bückeburger Prozeß“ verurteilt.	
1979		Gründung der FAP in Stuttgart; Gründung der „Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene“ (HNG); Gründung der „Nothilfstechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel“ des Dr. Jürgens
1980	Morde an zwei Vietnamesen durch die „Deutschen Aktionsgruppen“	Attentat auf das Münchner Oktoberfest; Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann
1981	Mord an Johannes Bügner, Wehrsportgruppe Dems in Blankenese; Aufbau der ANS-Gruppe in Pinneberg/Bokel	VSBD-Mitglieder liefern sich eine Schießerei mit der Polizei; zwei werden erschossen; Friedhelm Busse wird verhaftet und 1982 verurteilt
1982	Beginn des Auftretens von Nazi-Skin-Banden wie „savage army“	Haftentlassung Kühnens, „Nationaler Aufbau der ANS“, Verbot der VSBD
1983	Gründung von ANS-Gruppen in verschiedenen Stadtteilen; Gründung der FAP in Pinneberg	Verbot der ANS
1984		ANS-Aktivisten übernehmen die FAP; Kühnen setzt sich nach Frankreich ab, wird aber bald ausgeliefert
1985	Ermordung des Türken Rahmazan Afci durch Nazi-Skins	Gründung der „Nationalistischen Front“
1986		Kühnens Schrift über „Nationalsozialismus und Homosexualität“ führt zu Differenzen in der Nazi-Szene, Spaltung der FAP
1987	FAP-„Marsch“ auf die Hafensstraße; FAP-Demonstrationen vor den alliierten Konsulaten	Hitlerstellvertreter Rudolf Heß stirbt

Christian Worch – „Aktivist der ersten Stunde“

Rechte Hand von Michael Kühnen

Von Anfang an bei der Hansa-Bande dabei war dabei der Notargehilfe Christian Worch, der auf der Hamburger Emilie-Wüstenfeldt-Schule in den 70er Jahren auch schon mal als Schulsprecher kandidiert hatte. Innerhalb der Hansa-Bande galt Worch als „der Intellektuelle“, der sich weniger als Schläger denn als „Ideologe“ betätigte. Auf allen Ver-

sammlungen war er neben Kühnen der Starredner, wurde als „Schulungsleiter“ oder „weltanschaulicher Referent“ gehandelt. So hielt er u.a. am 26.11.1977 das weltanschauliche Grundsatzreferat bei der großspurigen Ankündigung der ANS, bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1988 anzutreten.

Von Anfang an war Worch die „rechte Hand“ von Michael Kühnen. Als dieser 1978 ein erstes Mal ins Gefängnis mußte, führte Worch die Geschäfte weiter, baute in

Pinneberg eine neue Wehrsportgruppe auf und arbeitet spätestens seit dieser Zeit intensiv mit Jürgen Rieger zusammen. Im Zuge der bundesweiten Ausdehnung der ANS wird Worch u.a. Vorsitzender der nazistischen „deutsch-völkischen Gemeinschaft“ (DVG) des Werner Braun in Karlsruhe sowie Schriftleiter der Nachrichten der „Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene“. Mehrfach muß Worch ins Gefängnis. Durch eine Erbschaft recht vermögend, finanziert er einen Teil der Nazi-Aktivitäten. Bis zu seinem Tod wird Michael Kühnen beispielsweise von Worch ausgehalten.

Eine Chronologie

Jahr	Hamburg	Deutschland
1988		Friedhelm Busse wird FAP-Vorsitzender; Entlassung Kühnens aus dem Gefängnis; Beginn der Rudolf-Hess-Märsche; Gründung der „Nationalen Sammlung“ in Hessen durch Kühnen
1989	Gründung der „Nationalen Liste“ in Hamburg, In der Folgezeit werden NL-Mitglieder als Ordner etc. bei allen großen Nazi-Aufmärschen gesehen.	Aufbau diverser Nazi-Gruppen wie „Deutsches Hessen“, „Deutsche Alternative“ etc. als „legale Arme“ der NSDAP/AO und Wahlparteien; Nazis in der ehemaligen DDR organisieren sich. Über die HNG wird zwischen den verfeindeten Nazi-Lagern ein „modus vivendi“ gefunden
1990		Nazi-Kongreß „Wahrheit macht frei“ in München. Das Haus in der berliner Weitlingstraße wird zum Zentrum der Nazis in der ehemaligen DDR; Gründung von Nazi-Gruppen vor allem in Cottbus und Dresden sowie der „Deutschen Altenantive“ in Berlin
1991	FAP-Bundesgeschäftsstelle wird nach Halstenbek verlegt; NL kandidiert zur Bürgerschaft	Tod Kühnens
1992	Die Nationale Liste Hamburg propagiert die „Anti-AntiFa“ Der INDEX erscheint unter diesem Titel	Verbot verschiedener Nazi-Gruppen wie Nationalistische Front, Deut- scher Kameradschaftsbund; Pogrom von Rostock; Mordanschlag von Mölln
1993	NL wird erneut zur Bürgerschaftswahl zugelassen; das ganze Jahr über werden Antifaschisten von Nazis bedroht	Mordanschlag von Solingen; der EINBLICK erscheint mit etwa 250 Adressen von Nazi-Gegnern
1994	Das „Nationale Echo“ in Hamburg erscheint	Neonazis rufen zur Wahl der Republikaner auf

Im Führungskreis der GDNF

Von Michael Kühnen stammt aus seiner Knastzeit (nach dem Verbot der ANS und seiner Auslieferung aus Frankreich 1984) die Idee, die Kader der Nazi-Bewegung in einer „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ zusammenzufassen. Diese sollte keine formale Organisation mit Satzung etc. darstellen, um sie so dem Zugriff der staatlichen Repression zu entziehen, dennoch aber verbindlich die Aktivitäten der „NSDAP“ koordinieren und die durchaus verschiedenen (und konkurrierenden) Aktivitäten und Ansätze von NS-Politik zusammenfassen. In dieser GDNF nimmt Worch seit Jahren eine führende Rolle ein und ist mit dem zwischenzeitlich in Österreich inhaftierten Gottfried Küssel und Wilfried Arnulf Priem aus Berlin seit Kühnens Tod 1991 Mitglied des Führungstrios. Jahrelang war Worch offizielle Redaktionsanschrift der verschiedenen Kühnen-Postillen (Innere Front, Neue Front), bevor diese anonym aus den Niederlanden vertrieben wurden.

Zum Umfeld der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ werden eine Vielzahl von Gruppen gerechnet, die teilweise ihre Namen ständig wechseln:

Aktion Lebensschutz (AL)

Antizionistische Aktion (AZA)

Antikommunistisches Aktionsbündnis (Antiko)

Arbeitsgemeinschaft für ständige Wirtschaftsgestaltung (ASW)

Freie Gewerkschaftsbewegung (FGB)

Freundeskreis Heinz Reisz (FHR)

Initiative Volkswille

Kaderorganisation SA

Neubeginn - Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik (ADAP)

Sturmabteilung (SA)

Volksbund Rudolf Heß (VHR)

Wahlbündnis Neubeginnen - Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik (ADAP)

Nationale Sammlung (NS), gegründet 1988, verboten am 27.1.1989

Deutsche Alternative (DA), gegründet Mai 1989, verboten am 10. Dezember 1992

Nationale Liste (Hamburg), gegründet März 1989

Deutsches Hessen, gegründet Juni 1991, mittlerweile verboten

Nationaler Block, gegründet Juli 1991, mittlerweile verboten

Sächsische Nationale Liste (SNL), gegründet August 1991

Worchs Aktivitäten – eine Chronologie

- 23.7.1977 Worch wird mit weiteren Nazis an der Hamburger Mundsburg festgenommen, als sie mit Stangen auf Antifaschisten losgehen wollen; die Nazis wollten vor dem Hamburger Konsulat der UdSSR randalieren.
- 20.8.1977 Mehrere Nazis halten eine „Ehrenwache“ vor dem Haus des aus italienischer Haft befreiten NS-Verbrechers Kappler in Soltau ab, darunter Worch.
- 16.10.1977 Worch nimmt gemeinsam mit Kühnen an einer „Kranzniederlegung“ des Nazis Manfred Roeder anlässlich der 20jährigen Wiederkehr der Hinrichtung der Hauptkriegsverbrecher teil. Zu dieser Veranstaltung waren beide mit einem Bus der Wiking-Jugend angereist. Sie erhalten 80 Stunden Arbeitsauflage als Strafe. Wenig später demonstrieren beide auf dem Gelände der historischen NSDAP-Parteitage, wofür sie später erneut verurteilt werden.
- 19.11.1977 Aufmarsch von Neonazis unter Worchs Führung in der Bremer Innenstadt in Uniform, gemeinsam mit der Bremer „Nationalrevolutionären Arbeiterfront“, dem Bremer Ableger der Gruppe.
- 26.11.1977 Erster öffentlicher Auftritt Worchs als Redner bei der offiziellen ANS-Gründungs-Veranstaltung in Hamburg; später wird er deshalb zu einer Geldstrafe von DM 150.– verurteilt. Später wird nicht mehr der 26.11.77, sondern der 8. Mai 77 als Gründungsdatum der ANS von den Nazis propagiert.
- 11.2.1978 Worch nimmt in Göttingen an einer Sitzung der „Aktivgruppe Science Fiction“ teil, aus der er ausgeschlossen werden soll. Er kann seinen Ausschluss verhindern; sein Hobby, seine nazistischen Allmachtsphantasien in Form von Science-Fiction-Stories auszuleben, wird bekannt.
- 19.2.1978 Die sog. „Eselsmasken-Aktion“ in Hamburg, bei der Worch und Co. mit Eselsmasken durch Hamburgs Innenstadt ziehen wollten mit Schildern: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden“.
- 25.2.1978 „Wahlveranstaltung“ der ANS in Hamburg
- 26.2.1978 Teilnehmer einer NSDAP-Veranstaltung in Hamburg-Lurup, u.a. mit Christophersen, Rohwer und Hoffmann aus Nürnberg.
- 22.7.1978 „Saalschlacht“ von Lentföörden; etwa 100 Nazis prügeln sich mit der Polizei; 25 werden festgenommen, darunter Worch;
- 23.9.1978 Worchs Bande überfällt einen Büchertisch der linken „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterebbe“ in der Hamburger Innenstadt; eine Woche später kriegen er und seine Leute ordentlich Prügel, als sie erneut provozieren.
- September 1978 (Nach anderer Quelle: am 9.11.1978) Worch ist an einem Überfall auf eines SDAJ-Veranstaltung in Hannover-Garbsen beteiligt.
- 1979 Worch baut in Bokel bei Pinneberg (westlich von Hamburg) eine Wehrsportgruppe auf, die dort durch Überfälle etc. auf sich aufmerksam macht.
- 10.3.1979 Worch nimmt an einem „Parteigericht“ teil, das im Haus des Kieler Nazis Stolp stattfindet und das sich gegen den „Verräter“ Peter Teuffert richtet, der bei der Polizei umfangreiche Aussagen zu terroristischen Umtrieben der schleswig-holsteiner Bande gemacht hatte. Worch ist zu diesem Zeitpunkt auch schon Vorsitzender einer deutsch-völkischen Gemeinschaft“ mit Sitz in Karlsruhe in Nachfolge des dortigen Nazis Werner Braun.
- Februar-April 1980 Worch und andere werden in mehrere Verfahren, u.a. wegen der „Eselsmaskenaktion“ und eines Überfalls in Hannover verurteilt. Worch erhält mehrfach eine Gefängnisstrafe, die zu einer Gesamtstrafe zusammengezogen wird. Sein Anwalt ist J. Rieger.
- 25.4.1984 Worch wird „Schriftleiter“ der Nachrichten der „Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener“ (HNG). Der Verfassungsschutz bezeichnet die HNG mit 400 Mitgliedern als die mitgliederstärkste und die „derzeit einzige, sich geschlossen darstellende neonazistische Organisation in der BRD“. Worch ist gegen Führungsaufgaben aus der Haft entlassen.
- April 1984 Spätestens seitdem fungiert Worch als Redaktionssekretär / Redaktionsanschrift der Kühnen-Postille „W - Die Neue Front“, mit der dieser seine „Getreuen“ bei der Stange zu halten versucht.
- 16.6.1984 Teilnahme an einem Treffen der „Neuen Front“ im „Süden Hamburgs“, u.a. mit Thomas Wulff und Willi Wegner mit insgesamt angeblich 45 Teilnehmern.

Worchs Aktivitäten – eine Chronologie

Juli/August 1984	Worch ist Teilnehmer einer „Übungsfahrt“ der „Norhilfstechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel“ des Dr. Jürgens.
30.1.1986	Worch muß nach einem Bericht der FAP-Nachrichten erneut ins Gefängnis. Die FAP zitiert aus Worchs unsäglichem Science-Fiction-Elaborat: „Die Schale des Zorns“.
11.7.1987	Gautreffen der FAP in Großensee bei Hamburg mit angeblich 100 Teilnehmern. Der stellvertretende FAP-Bundesvorsitzende Willi Wegner beschuldigt Worch, „gewollt oder ungewollt“ den Kameraden aus Westfalen „zum einen den roten Mob, und zum anderen die Staatsgewalt auf den Hals“ gehetzt zu haben. Wegner gehört zum Kühnen-feindlichen Flügel der FAP (siehe dazu weiter hinten in dieser Broschüre).
17.8.1987	Nach dem Tode ihres Idols Rudolf Heß marschieren Nazis vor die Konsulate der USA und von Großbritannien in Hamburg. Mit dabei: Worch, Wulff und Rieger.
13.3.1989	Gründung der „Nationalen Liste Hamburg“ mit Worch als eigentlichem Kopf.
20.6.1989	Das Ehepaar Worch wird von einem „Mobilen Antifa-Kommando“ in seiner Wohnung überfallen, und es verschwinden etwa 50 Aktenordner aus der Wohnung.
August 1989	Mitglied eines Vorbereitungskreises der „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“. Diese Funktion hat Worch seitdem jedes Jahr bis 1994 ausgeübt.
Frühjahr 1990	Worch ist ständiger Gast in der Berliner Weitlingstraße, einem von Neonazis besetzten Haus, das die Zentrale der Neonazis in der Noch-DDR darstellte.
3.3.1990	Aufmarsch der Nationalen Liste in Hamburg.
31.3.1990	Fulda: Treffen der HNG; Neonazi-Aussteiger Ingo Hasselbach beschuldigt Worch in einer polizeilichen Aussage, „durch die Blume Order (gegeben zu haben), was wir an Aktionen machen sollen“;
21.4.1990	Teilnehmer der Veranstaltung „Wahrheit macht frei“ in München, wo die „Eselsmasken“-Aktion wiederholt wird.
4.7.1990	Teilnehmer eines Treffens der NSDAP in Kollund/Dänemark mit Kühnen, Christophersen, Lauck und weiteren Neonazis
5.7.1990	Worch holt gemeinsam mit Kühnen, Lisa Wohlschläger und dem Österreicher Gottfried Küssel den US-Nazi Gary Rex Lauck zu einer Rundreise in der ehemaligen DDR am Flughafen in Schönefeld ab.
20.10.1990	Mit Kühnen, Küssel und Sonntag „Führer“ eines Nazi-Aufmarsches in Dresden mit rund 500 Teilnehmern.
1.5.1991	Maifeier in Cottbus: „Es ist unser Tag, der Tag der deutschen Arbeit“ – so der INDEX im Juni.
1991	Nach dem Tod Kühnens Mitglied eines dreiköpfigen Führungsgremiums der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, gemeinsam mit Arnulf Wilfried Priem aus Berlin und Gottfried Küssel aus Österreich.
3.5.1991	Worch nimmt mit etwa 90 Nazis an der Einäscherung Kühnens teil
Mai 1991	Wahlkampfdemonstration in Hamburg mit auswärtiger Hilfe; etwa 100 Neonazis marschieren auf einer abgelegenen Route
Juni 1991	Organisator des Gedenkmarsches für den von Zuhältern erschossenen Neonazi Rainer Sonntag in Dresden.
31.8.1991	Gründung der „Sächsischen Nationalen Liste“ in Dresden, u.a. mit Gottfried Küssel.
9.11.1991	Worch mobilisiert für einen Nazi-Aufmarsch in Halle, den der später verurteilte Neonazi Diemel initiiert hatte.
3.1.1992	Beerdigung der Urne Kühnens in Kassel unter Worchs Leitung mit etwa 130 Nazis, die von Antifaschisten stark bedrängt werden.
23.5.1992	Bei einem Aufmarsch des „Deutschen Kameradschaftsbund“ in Wilhelmshaven geht Worchs Rede im antifaschistischen Protest unter. Offenbar bei dieser Gelegenheit fotografieren Nazis protestierende Antifaschisten; wenig später jedenfalls wird ein solches Foto auf einem Anti-Antifa-Steckbrief gegen einen Wilhelmshavener Gewerkschafter verwendet.

Der Deutsche Weg, gegr. Oktober 1991

Neben diesen, eng um Kühnen gruppierten Nazi-Gruppen sind noch zwei weitere zu erwähnen: Die FAP – die „Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands“ und die „Nationalistische Front“. Die „Nationalistische Front“ wurde Ende 1992 nach etwa fünfjährigem Bestehen verboten. Die FAP diene den Mitgliedern der 1983 verbotenen ANS sowie denen einer mehr in Süddeutschland existierenden „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (verboten 1982) als „Unterschlupf“, spaltete sich aber 1989 in den Kühnen-Flügel (GdNF) und die FAP um Friedhelm Busse (siehe dazu später in dieser Broschüre).

Organisator des „Aufbauplanes Ost“ und der „Heß-Märsche“

Noch kurz vor seinem Tod 1991 formulierte Michael Kühnen einen sogenannten „Aufbauplan Ost“. Er propagierte den massiven Einsatz westdeutscher Nazi-Kader in der ehemaligen DDR, um unter Ausnutzung des gesellschaftlichen Umbruchs und des Zusammenbruchs alter Strukturen möglichst erfolgreich eine neonazistische Infrastruktur aufzubauen. Nach Kühnens Tod übernahm Christian Worch die Rolle des Koordinators dieser Bestrebungen. Der ausgestiegene DDR-Neonazi Ingo Hasselbach benennt Worch als den eigentlichen Kopf dieser Bemühungen und beschuldigt ihn in seinem Buch, Rädelsführer und Anstifter auch zur Gewalt gegen Aussteiger, sogenannte „Verräter an der Bewegung“ zu sein.

Zumindest Worchs Auto wurde bei den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen gesehen, das – ausgerüstet mit CB-Funk und Funktelefon – organisierend in die Randalen einzuwirken versuchte. Auch die mit Worch eng verbundene „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene“ (HNG), deren Schriftleiter Worch vor Jahren schon einmal gewesen ist, versuchte mit Flugblättern zur „nationalen Rechtshilfe“ dort auf sich aufmerksam zu machen.

Schon 1990 hatte die Kühnen-Truppe vor allem in Sachsen erheblich Anhänger gewinnen können. Im Juli 1990 organisierten sie eine Rundtour durch die ehemalige DDR mit dem eingeflogenen US-Nazi

Gary Rex Lauck. Am 20. Oktober 1990 zogen etwa 500 Nazis durch Dresden, organisiert vom Kühnen-Vertrauten Rainer Sonntag unter Beteiligung von Kühnen, Worch und Küssel. Als Sonntag im Mai 1991 von Zuhältern erschossen wurde, organisierte Worch den Trauermarsch, der zum größten Nazi-Aufmarsch der letzten Jahre geriet und bei dem alle Fraktionen der Neonazi-Szene teilnahmen: Die Kühnen-Anhänger ebenso wie Busses „Freiheitliche Arbeiterpartei“ und Schönborns „Nationalistische Front“. Von der sächsischen „Nationalen Liste“ ist bekannt, daß sie nicht nur ideologisch, sondern auch finanziell von Worch abhängig ist.

Worch ist seit Jahren federführend, wenn es um den Aufmarsch der Neonazis anlässlich des Todestags ihres „Märtyrers“, des Hitler-Stellvertreters Rudolph Heß geht. Er fordert die zerstreuten Neonazi-Gruppen zu gemeinsamer Aktion auf; die Anhänger der „Nationalen Liste“ stellen einen Teil der Ordnertruppen. Das Hamburger „Nationale Infotelefon“ mobilisiert die Szene zu den Treffpunkten.

Die Aufmärsche anlässlich des Todestags des Nazis Rudolf Heß finden seit 1989 statt, wobei die beiden ersten noch von Michael Kühnen selbst organisiert worden waren. Bis 1993 waren diese Aufmärsche zu einem einigenden Ereignis der unterschiedlichsten Strömungen geworden. Insbesondere die verfeindeten Strömungen FAP und Kühnen-Anhänger konnten sich hier zu gemeinsamer Aktion zusammenfinden. Waren es 1989 erst ca. 300-400 Nazis, so kamen 1990 schon etwa 1200 Nazis zusammen. Als 1991 um Wunsiedel ein totales Demonstrationsverbot verhängt worden war, war es Jürgen Rieger, der die Demonstration in Bayreuth anmeldete, wo etwa 2000 Nazis unter dem Schutz der Polizei demonstrieren durften. Auch der Aufmarsch in Rudolstadt 1992 wurde federführend aus Hamburg durch Worch organisiert. 1993 – wieder war Worch der Organisator im Hintergrund, während Thorsten Heise von der FAP in Niedersachsen als formaler Anmelder auftrat – konnten trotz – oder wegen? – der zahlreich vertretenen Polizei einige Hundert Neonazis in Fulda demonstrieren. Angeblich hatten die Behörden in Fulda keine Möglichkeit, ein Verbot zu erlassen, geschweige denn es durchzusetzen. So konnte die Öffentlichkeit im Fernsehen verfolgen, wie die Polizei-Einsatzleitung und die Neonazis sich per Handschlag für das gegenseitige disziplinierte Auftreten gratulierten. Erst im August 1994 demonstrierte die Polizei, daß es jederzeit möglich wäre, dem braunen Spuk ein Ende zu bereiten.

Worchs Aktivitäten – eine Chronologie

- 18.7.1992** In Meschede findet mit Beteiligung von Worch und Wulff eine „Anti-Antifa-Kundgebung“ unter Federführung der „Sauerländer Aktionsfront“ statt.
- 27.8.1992** Antifas verhindern, daß Worch beim Sender SAT 1 in der Provo-Sendung „Einspruch“ aufkreuzen kann.
- 7.11.1992** Für diesen Termin mobilisiert Worch zu einem Marsch durch Frankfurt/Oder.
- 16.1.1993** Anti-Antifa-Treffen in Süddeutschland mit diversen süddeutschen Nazis.
- 17.4.1993** Zusammen mit Wulff Teilnehmer einer Hitler-Geburtstagsfeier beim Ehepaar Müller in Mainz-Gonsenheim. Dessen Gärtnerei dient seit etwa 20 Jahren immer wieder als Treffpunkt insbesondere für „Hitler-Geburtstagsfeiern“ und andere bundesweite Treffen der Nazis. Unter den Gästen: Friedhelm Busse von der FAP, Bela Ewald Althans aus München, Manfred Huck (Arbeitskreis Nationaler Kameraden), Michael Petri (ehemals Deutsche Alternative, jetzt ANK), Frank Hübner (von der verbotenen Deutschen Alternative aus Cottbus) und Arnulf Wilfried Priem aus Berlin.
- 1.5.1993** Teilnehmer eines Aufmarschs des „Nationalen Blocks“ in München. Der „Nationale Block“ wird am 11.6.1993 verboten.
- etwa Pfingsten 1993** Worch ist als Teilnehmer bei einem Trainingskurs im Solinger „HakPao“ angemeldet. Der Kurs findet wegen des Solinger Anschlags nicht statt.
- 12.10.1993** Worch verschickt Mobilisierungsschreiben für einen Aufmarsch in Halbe am Soldatenfriedhof am 14.11.1993; nahezu alle anreisenden Neonazis werden in Polizeikontrollen gefilzt, festgesetzt etc., so daß nur noch etwa 100 zur Kranzniederlegung durchkommen (und auch noch kontrolliert werden).
- 9.4.1994** Teilnehmer einer Nazi-Veranstaltung auf der Havelinsel Lindwerder in Berlin zusammen mit dem FAP-Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse und Petri von der Nationalen Alternative in Süddeutschland. Die Versammlung war als FAP-Versammlung deklariert, soll aber der Vorbereitung der Wahlkampagne der illegalen NSDAP gedient haben. Worch hat dort den Plan entwickelt, bei den Bundestagswahlen die REPs zu propagieren, was er in der Zwischenzeit auch tut.
- Mai 1994** Das „Wunsiedel-Komitee“ der Nazis unter Führung von Worch mobilisiert für eine „Nationale Aktionswoche“ um eine gemeinsame zentrale Heß-Demo herum.
- 21.8.1994** Nach Zeugenberichten ist Worch gemeinsam mit den Brüdern Goertz von der FAP Hamburg und Jürgen Rieger Teilnehmer eines Rudolf-Heß-Marsches von etwa 60 Neonazis in Kaltenkirchen in Schleswig-Holstein, dem einzigen Marsch, der 1994 überhaupt von Nazis durchgeführt werden konnte.
- 19.9.1994** Teilnahme an einer NPD-Kundgebung in Bonn, auf der Günter Deckert (NPD-Bundesvorsitzender) und Wolfgang Nahrath (ehemaliger Vorsitzender der „Wiking-Jugend“) sprachen. Weil Vertreter des „nationalen Widerstands“ nicht zu Wort kamen, zogen Worch, Thomas Wulff und weitere Schaffstiefel-Nazis ab.

FAP-Treffen in Wewelsburg am 26.3.1988

von links: Thomas Hainke, Michael Kühnen, Christian Worch, Thomas Brehl und Walther Matthaei



1974-1994, ZWANZIG JAHRE NAZIS IN HAMBURG

Organisator des Nazi-Terrors („Anti-Antifa“, „Einblick“)

Im Sommer 1992 erschien in Hamburg die Zeitschrift „INDEX“ der „nationalen Liste“ mit dem programmatischen Aufruf: „Organisiert die Anti-Antifa“. Über sieben Seiten wurden in diesem Blatt Adressen von linken Treffs, antifaschistischen Initiativen, alternativen Begegnungsstätten etc. aufgelistet und damit in ziemlich unverblümter Weise die eigene Anhängerschaft zum Terror aufgerufen.

In der Folgezeit des Hamburger INDEX reiste Worch durch die braunen Lande und warb für seine Idee der „Anti-Antifa“, die in den darauffolgenden Monaten zum einigenden Thema der gesamten, ansonsten durchaus zersplitterten Neonazi-Szene wurde. So fand z.B. am 16. Januar 1993 ein Treffen in Süddeutschland statt, wo eine Reihe Nazis eine „verstärkte Zusammenarbeit besonders auf dem Gebiet der Anti-Antifa-Arbeit“ verabredet wurde. Neben Worch waren auf diesem Treffen anwesend: Manfred Huck von der in Süddeutschland (Karlsruhe und Heidelberg) agierenden „Aktionsfront Nationaler Kameraden“; Michael Petri von der verbo-

tenen „Deutschen Alternative“ (DA) in Rheinland-Pfalz; Bernd Malthaner von der süddeutschen „Nationalfreiheitlichen Alternative“.

Bis hin zu den „Jungen Nationaldemokraten“ wurde die Idee aufgegriffen. Alle „Nationalen Infotelefone“ propagierten das Sammeln von Infos und das Ausspionieren der linken Szene. Das Mainzer „Nationale Infotelefon“ tat sich besonders hervor in der Organisation der Datensammlung. In Telefonansagen wurden die weiteren Kontaktadressen für die „Anti-Antifa“ bekanntgegeben: Neben der „Nationalen Liste“ in Hamburg waren dies der „Studentenbund Schlesien“ in Göttingen, die verbotene „Nationale Offensive“ in Witten, Manfred Huck von der „Aktionsfront Nationaler Kameraden“, die FAP in Bonn und Duisburg, Markus Privenau aus Bremen (der auch für die „Hilfsgemeinschaft Nationaler politischer Gefangenen“ (HNG) tätig ist und Mitglied der NF war) sowie weitere Postfachadressen in Berlin, Köln und Frankfurt. Offen wurde darüber gesprochen, eine gemeinsame Veröffentlichung zu erstellen, in der „der Gegner“ identifiziert würde. Im Herbst 1993 war es dann soweit: Der „EINBLICK“ konnte über eine Adresse in Dänemark bezogen werden.

*Aufbau im Osten:
von links: Swierzek, Huebner und Worch*

*Bildzeitung,
4.7.1994*



Neonazis drohen Pastor mit Mord

Bramfeld - Pastor Klaus Jähn (Foto) aus Bramfeld spürt jeden Tag am eigenen Leib, was es bedeutet, sich Neonazis in den Weg zu stellen. Jähn: „Seit Wochen klingelt bei mir das Telefon. Die Nazis drohen sogar mit Mord.“

Angefangen hat alles mit dem Arbeitskreis „Der runde Tisch“. 50 Mitglieder haben sich u. a. gegen die Abschiebung politisch Verfolgter eingesetzt.

Grund Genug für die Nazis, gegen den Pastor der „Gemeinde Sion“ Front zu machen. Schmierereien



und Aufkleber der Nationalen Liste (Chef: Christian Worch) an der Kirche sind da noch harmlos. Pastor Jähn: „Jung-Nazis sind vor meinem Haus aufmarschiert und sangen das Horst-Wessel-Lied.“

Der Terror geht weiter. Ein rechtsradikaler Jura-Student ruft über das Nationale Infotelefon zu „spontanen Aktionen“ auf. Auf Flugblättern: „Macht Jähn fertig wie Jürgen Bremer“ - der Lehrer mußte vor den Nazis flüchten. **acz.**

Jürgen Rieger – Anwalt der braunen Szene

Aktivist des Neonazismus

Fast hätte Rieger seine Karriere als Anwalt überhaupt nicht beginnen können. Als Nazi-Aktivist war er nämlich schon Ende der 60er Jahre mit der Justiz in Konflikt geraten, als er anlässlich des Besuchs des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Kassel eine DDR-Fahne abriß. Daneben ist Rieger wegen Körperverletzung bei einer Demonstration der „Aktion Widerstand“ am 31.10.1970 rechtskräftig verurteilt worden und unterstützte den rechtsradikalen Professor Rubin von der „Aktion Oder Neiße“ (AKON) bei dessen Selbstentführung, mit der dieser die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1971 zu beeinflussen suchte. Wegen dieser und anderer Aktivitäten hätte er seine Anwaltszulassung riskiert, wenn er nicht ebenfalls unter die Amnestie der sozialliberalen Koalition gefallen wäre, die vor allem Aktivisten der Studentenbewegung betraf. Unter dem Titel „Rasse – auch ein Problem für uns“ gab er 1969 ein Buch im Eigenverlag heraus (1972 als jugendgefährdend indiziert) und war viele Jahre Funktionär des rechtsextremen „Bund Heimattreuer Jugend“, bevor er später zur radikaleren „Wiking-Jugend“ wechselte.

In den 70er Jahren fiel Rieger als Mitglied eines „Freundeskreises Filmkunst“ auf, der jahrelang Nazifilme in Matinee-Vorstellungen zeigen konnte, und als Organisation in der Nachfolge des verbotenen „Bund Nationaler Studenten“ gilt. Bedeutender aber ist seine Vorstandschaft in der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (Früher – deutlicher in NS-Tradition: „Gesellschaft für Erbgesundheitslehre“) mit der Zeitschrift „Neue Anthropologie“. Dort propagiert Rieger unverhüllt Rassismus; zur „wissenschaftlichen“ Legitimation wird in der „Neuen Anthropologie“ vorzugsweise aus der korrespondierenden

englischsprachigen Rassistenzeitschrift „Mankind Quarterly“ zitiert, die ihrerseits denselben Trick anwendet, um Seriosität zu demonstrieren. Außerdem ist Rieger Vordenker eines „Nordischen Rings“, Mitglied in der „Artgemeinschaft“, deren Organ „Nordische Zeitung“ er als Schriftführer betreut. Was diese „Artgemeinschaft“ vertritt, offenbart ihr kompletter Titel: „Artge-

Bis zum Verbot der „Nationalistischen Front“ des Meinolf Schönborn ist Rieger Mitglied der NF und mit diesem zusammen deren intellektueller Führer. Auf seinem Gelände in Hetendorf fand 1992 eine von zwei konkurrierenden Vorstandswahlen der NF statt. Während ein Teil der „Nationalistischen Front“ von Schönborn abbrückt, weil dieser als Kopf einer „terroristischen Vereinigung“ (Schönborn hatte zur Bildung von „Einsatzgruppen“ aufgerufen) ins Visier der Bundesanwaltschaft gekommen war, hält Rieger weiterhin zu ihm.

*Jürgen Rieger
Starranwalt der Neonazis unter Polizeischutz vor dem Hamburger Gericht*



meinschaft. Glaubensbund wesensgemäßer Daseinsgestaltung. Vereinigt mit der Nordisch-Religiösen Gemeinschaft von 1927 e.V.“. Germanenmythen und gar nicht so neues Heidentum feiern da fröhlich Urständ. Unter dem Pseudonym Jürgen Riehl schrieb er das Buch: „Funkenflug – Handbuch für nationale Aktivisten“, als Jörg Rieck veröffentlichte er im revisionistischen Tübinger Grabert-Verlag einen Beitrag zum Buch „Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit“.

1991 war Rieger formell der Veranstalter des wegen eines Demonstrationsverbots in der Umgebung Wunsiedels nach Bayreuth verlegten „Rudolf-Hess-Marsches“, auf dem er vor 2000 angereisten Nazis auch die Hauptrede hielt.

Nachdem die „Nationalistische Front“ ihr Haus in Bielefeld verkaufte, kursierten 1991 Gerüchte, sie wolle in der ehemaligen DDR ein neues Zentrum aufbauen, das von Rieger angekauft werden solle. Auch ein Altersheim für "nationale Senioren" soll zu Riegers Investitionsplänen gehören.

Anwalt der alten und neuen Nazis

In einem Prozeß gegen Arpad Wiegand, einem wegen Mord angeklagten SS- und Polizeiführer, verstieg sich Rieger 1981 zu Behauptungen, wie: das Warschauer Ghetto sei nicht zur Vorbereitung der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, sondern zur „Seuchenbekämpfung“ errichtet worden. „Mir liegt es fern, den Juden einen moralischen Vorwurf zu machen“, erklärte damals Rieger auch seine zweite „These“, derzufolge „es zweifelhaft sei, ob im Warschauer Ghetto auch nur in Jude verhungert wäre, wenn die Juden untereinander mehr Solidarität geübt hätten“. Jede andere Darstellung sei Geschichtsfälschung etc. Rieger wurde wegen dieser Äußerungen nicht etwa von offizieller Seite aus angeklagt, sondern von Prozeßbeobachtern. Das Verfahren zog sich über mehrere Instanzen hin und Rieger wurde letzten Endes vom BGH freigesprochen mit der Begründung, er habe mit diesen Äußerungen „nur“ die Meinung seines Mandanten weitergegeben. Daß Rieger mehrfach diese Äußerungen als seine eigene Meinung wiederholt und bekräftigt hatte, spielte für dieses Urteil keine Rolle. Auch Anstrengungen, Rieger seine Zulassung zur Hamburger Anwaltskammer durch ein Ehrengerichtsverfahren abzuerkennen, sind bislang gescheitert.

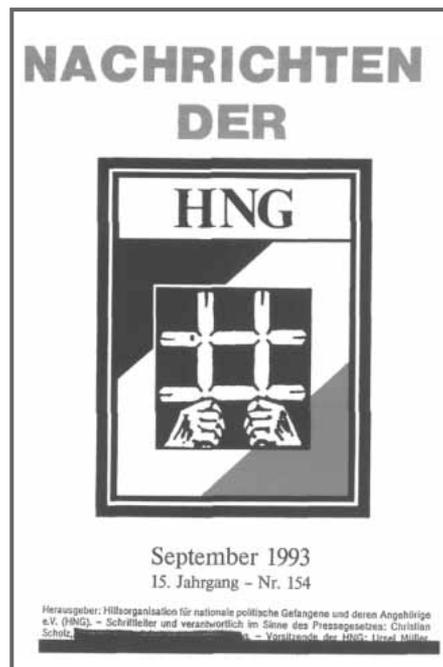
Mit seiner Anwaltskanzlei in der August-Baur-Straße in Hamburg-Blankenese hat sich Rieger in den letzten Jahren zum Star-Anwalt der rechtsradikalen Szene entwickelt. Zu seinen Mandanten gehört mittlerweile bundesweit die gesamte Naziszene.

Spätestens seit 1980 ist Rieger Anwalt von Christian Worch. Ebenfalls seit Anfang der 80er Jahre ist er Anwalt von Detlef Brüel, einem Mitglied der Wehrsportgruppe Dems, der u.a. durch mehrere Überfälle und Prügeleinsätze aufgefallen ist und später in den Landesvorstand der FAP aufrückte.

1987 verteidigt er den wegen Meineids angeklagten Meinolf Schönborn von der „Nationalistischen Front“, der 1983 einen Antifaschisten zusammengeschlagen hatte, als Schönborn noch Landesvorsitzender NRW der „Jungen Nationaldemokraten“ gewesen war.

1989 tritt er als Verteidiger des Stader Nazis Edgar Geiss auf, der wegen einer Nazi-Provokation in Nürnberg gegen die „internationale Konferenz zum 40. Jahrestag der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse“ (23.11.1985) wegen Volksverhetzung angeklagt war. Obwohl die von Geiss geführte „Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld und antideutsche Greueltaten“ die Prozesse als „alliierte Lynchjustiz“ und „Greueltaten gegen das deutsche Volk“ bezeichnete, obwohl die von Geiss mobilisierten etwa 25 Nazis dann Sprüche riefen wie „Rotfront verrecke“, „Juda verrecke“, „Wir bringen Euch um“ und „wir werden Euch vergasen“, wurde Geiss freigesprochen. Das Gericht nahm Geiss ab, er habe

Zeitschrift der HNG, eines Vereins zur Betreuung neonazistischer Straftäter



auf die Anwesenden „mäßigend“ einwirken wollen.

In Stuttgart ist Rieger Anwalt im bisher längsten Prozeß gegen Neonazis in Deutschland. Dabei vertritt Rieger den Kühnen-Gegner Jürgen Mosler.

Rieger ist der Anwalt des Neonazis Ewald Bela Althans aus München (u.a. bekannt geworden durch den Film: „Beruf Neonazi“) bei der Vorbereitung eines „internationalen revisionistischen Kongresses“ am 23.3.1991 in München. Die Kongreßräume im Deutschen Museum wurden gekündigt und die Nazis konnten lediglich

eine „Mahnwache“ vor dem Museum durchführen.

Rieger vertritt die Ende 1992 verbotene „Nationalistische Front“ gegen das Verbot. Ebenfalls 1992 verteidigt er zwei Hamburger Nazi-Skins, die vor dem Bergedorfer Disco-Schiff einen Türken halbtot geprügelt und getreten hatten.

Er ist Anwalt von Jörg Groll, einem FAP-Anhänger und Nebenkläger im Prozeß gegen sechs türkische Jugendliche, die beschuldigt wurden, im Dezember 1993 mehrere Skins und FAP-Mitglieder zusammengeschlagen und einen von ihnen mit einem Messerstich verletzt zu haben. Der Prozeß gegen die angeklagten Antifaschisten wurde eingestellt.

1993 verteidigte er die Skin-Band „Kraftschlag“ in Itzehoe, die dort wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß vor Gericht standen. Vier Mitglieder wurden zu Gefängnisstrafen auf Bewährung sowie Geldstrafen verurteilt. In Hannover verteidigte er den 30jährigen Rainer W., der in Druckschriften von der „Gaskammerlüge“ sprach, die „kranken Gehirnen“ entstamme. In seinem Plädoyer erklärte Rieger, er sei davon überzeugt, „daß in fünf Jahren kein Mensch mehr glaubt, daß Juden in Gaskammern umgebracht wurden“. Durch „wissenschaftliche Gutachten“ sei belegt, daß eine Vergasung von Menschen nicht stattgefunden habe und das Gift Zyklon B nur zur Vernichtung von Kleiderläusen verwandt worden sei.

In Hamburg vertritt Rieger den schwulen Nazi Lothar Wrobel gegen das Schwulenmagazin „Magnus“ und die anonyme rechtsradikale Schwulengruppe „Arbeitsgemeinschaft Männlicher Gays“ (AMG) gegen das Veranstaltungsblatt „Szene“ (siehe dazu weiter hinten in dieser Broschüre).

Er ist Verteidiger der drei aus dem Umfeld der „Nationalen Liste“ stammenden Thorsten B., Tobias T. und Hartmut W., die vor dem Haus des Pastors in Bramfeld das Horst-Wessel-Lied sangen (1994).

Er ist Anwalt des Ehepaars Müller aus Mainz; die beiden, Inhaber einer Gärtnerei, die seit 20 Jahren militanten Neonazis als Stützpunkt, Arbeitsplatz und Versammlungsstätte dient, sind angeklagt, durch Kameradschaftsabende die verbotene Deutsche Alternative fortgeführt, bzw. ihre Fortführung unterstützt zu haben. Hinzu kommen Mandate Riegers für den ehemaligen SS-Wachmann in Auschwitz und Verfasser der „Auschwitz-Lüge“, Thies Christophersen, Werner Gebhardt von den nazistischen „Unabhängigen Nachrichten“, Günter Demolsky vom „Freundeskreis für Deutschland“ und natürlich auch Michael Kühnen.

Das Landhaus in der Heide

Seit Jahren besitzt Rieger ein Landhaus mit Gelände in der Lüneburger Heide in der Gegend von Hetendorf. Fanden dort Ende der 70er Jahre u.a. Seminare seines neofaschistischen „Freundeskreis Filmkunst“ statt, auf dem alte NS-Filme gezeigt wurden, so entwickelte sich Hetendorf bis heute zu einem Zentrum der Neonazis in Norddeutschland. Auf mehreren Grundstücken treffen sich dort nicht nur die verschiedenen Zirkel um Rieger selbst, sondern auch die Wiking-Jugend oder die „Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel“ (TENÖ) um den Arzt Uwe Jürgens. Antifaschisten oder Journalisten, die das braune Treiben in Hetendorf beobachten wollen, werden seit Jahren dort von den Nazis regelrecht gejagt. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Riegers Truppe und der in Meißendorf um Dr. Jürgens und seine „nothilftechnische Übungs- und Bereitschaftshilfe“ konnte immer wieder festgestellt werden; Im Juli/August 1984 war Worch Teilnehmer einer „Übungsfahrt“ der TENÖ; im gleichen Jahr veröffentlichte die Kühnen-Postille „Neue Front“ unter ihrem Redakteur Worch eine Distanzierung der TENÖ des Dr. Jürgens, der sich angeblich „aus Angst vor einem Verbot seines Vereins nicht an die getroffenen Vereinbarungen“ gehalten habe. Antifaschisten waren diese Spitzfindigkeiten egal: Beide Anwesen brannten aus. 1988 führte die „Nationalistische Front“ in der Heide ein „Ausbildungslager“ unter dem Motto „Junge Kolonnen marschieren für das 4. Reich“ durch. Im Sommer 1992 wird bei einer von zwei getrennt und in Konkurrenz zueinander stattfindenden Vorstandswahlen der „Nationalistischen Front“ Meinolf Schönborn auf Riegers Gelände zum erneuten Vorsitzenden der NF gewählt.

Im Juni 1992 fand in Hetendorf die „2. Hetendorfer Tagungswoche“ statt, die gemeinsam vom „Heide-Heim e.V.“, der „Artgemeinschaft“, dem „Familienwerk e.V.“, dem „Freundeskreis Filmkunst e.V.“, der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“, der „Gesellschaft für freie Publizistik-Arbeitskreis Hamburg“, dem „Heinrich-Anacker-Kreis e.V.“, dem „Nordischen Ring e.V.“ und der „Northern League“ ausgerichtet wird. Rieger referierte

Wehrsport bei Celle

■ Übung auch auf Truppenübungsplatz

Berlin (taz) – Nach Ansicht des niedersächsischen Innenministeriums hält die rechtsextreme „Wikingjugend“ bei ihren „Veranstaltungen auf verschiedenen Privatgrundstücken im Landkreis Celle“ keine Wehrsportübungen ab. Zu dieser Auffassung kommt Innenminister Glogowski (SPD) in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen-Landtagsabgeordneten Andrea Hoops. Die Wikingjugend organisierte nach Erkenntnis der Behörde im Landkreis Celle verschiedene Treffen mit bis zu 300 vorwiegend Jugendlichen im Alter von 10 bis 16 Jahren. Neben Wettkämpfen und Volkstänzen „wurden dabei auch ‚Wehrkämpfe‘“ durchgeführt. Diese beinhalteten „Schießübungen“ mit „Luft- und Kleinkalibergewehren“. Dennoch kommt das Ministerium zu der Auffassung, daß man die Lager „wohl letztlich nicht als Wehrsportübungen“ bezeichnen könne.

Dagegen fanden im Raum Celle nach Erkenntnis der Behörde im vergangenen Jahr insgesamt fünf echte rechtsextremistische Wehrsportübungen Gruppen statt, an denen je bis zu 50 Personen teilnahmen. Eingeladen hatten unter anderem die seit Dezember 1992 verbotene Bremer „Deutsche Alternativen“, das „Komitee für freiwillige Reservistenarbeit Nord“ und die 1977 von Michael Kühnen gegründete „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF). Hauptziel der GdNF, die in pene-

tranter Geschichtsleugnung Hitler als „Zeitenwender, Heilsgestalt der arischen Rasse und deutschen Nationalhelden“ verehrt, ist die Wiedergründung der NSdAP.

Zu den weiteren Organisatoren der paramilitärischen Übungen zählte die im März 1989 gegründete Hamburger „Nationale Liste“. Deren Drahtzieher und Millionenerbe Christian Worch gilt nach dem Tod Kühnens als Führer der rechtsextremen deutschen Szene. Gastgeber weiterer Kampfübungen war auch ein „Freundeskreis KIRSCH/KNOOP“, (früher „Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel“). Deren ehemaliger Leiter, der Zahnarzt Uwe Jürgens, stellte bis zum Sommer letzten Jahres gern sein Grundstück in Hetendorf bei Celle für wehrsportliche Übungen zur Verfügung. Nach Auskunft der niedersächsischen Behörde wurde „dieses Gelände jedoch im Sommer 1992 zwangsversteigert, so daß übungswillige rechtsextremistische Vereinigungen seither um Ausweichgelände“ bemüht seien. In Hetendorf fanden regelmäßig Vorbereitungen für den „Rudolf-Heß-Marsch“ statt, als dessen Hauptorganisator wiederum Christian Worch firmiert. Doch um Ersatz waren Rechtsradikale im vergangenen Jahr nicht verlegen. Wie die Bundeswehr angibt, wurden zwei Jugendliche im November auf dem Truppenübungsplatz Bergen „bei wehrsportähnlicher Tätigkeit“ gestellt. flo

TAZ, 23.7.1993

dort zum Thema: „Bevölkerungsexplosion und Rassenmischung“.

Erst in diesem Sommer wurden erneut Journalisten in Hetendorf von der Wiking-Jugend angegriffen, die dort unter dem Schutz der Polizei aufmarschieren durfte.

Wie seine Verurteilung im September 1994 wegen des Verwendens von NS-Symbolen auf seinem Kübelwagen beweist, ist Rieger auch selbst in solche Wehrsportübungen verwickelt. Rieger war zu DM 7.200 verurteilt worden wegen der Ver-

wendung von NS-Symbolen an einem Kübelwagen, mit dem er im Geleit in Reinbek herumfuhr. Die Richterin sah es als pure Spitzfindigkeit an, daß Rieger die SS-Runen notdürftig verfälscht hatte, um das Verbot zu umgehen. Angeblich, so der im zweiten Fahrzeug mitfahrende Thomas Wulff, habe man mit Wissen und Billigung der Bundeswehr auf deren Gelände herumfahren wollen. Wie lange diese Tätigkeit im „Wehrsport“ bei Rieger schon zurückreicht, ist nicht genauer bekannt. Schon 1981 allerdings tauchte sein Name als Braune Eminenz im Hintergrund der damals ausgehobenen Wehrsportgruppe Blankenese um den Verlagskaufmann Dems auf.

Braune Rechtshilfe

Im Verlaufe der letzten Jahre haben die Nazis erhebliche Anstrengungen unternommen, um sich gegen staatliche Repressionsmaßnahmen zu wappnen. So gibt es seit Jahren die fraktionsübergreifende „Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene“, die einsitzende Nazis betreut, über Prozesse berichtet etc. Dane-

ben gibt es ebenfalls schon länger die „Deutsche Rechtsschutzkasse“ in Witten, die u.a. Ende 1993 in Erscheinung trat. Damals hatten Antifaschisten die Abonnementkartei der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“ veröffentlicht, worauf die derart geouteten Personen (darunter natürlich auch einige Antifaschisten) einen Werbebrief dieses Vereins erhielten, in dem ihnen Hilfe bei Bedrohung durch Antifas angeboten wurde. Annähernd 20.000.- DM hat dieser Verein von 1989 bis 1991 für die „Verteidigungspolitik verfolgter Deutscher“ ausgegeben. Als Blatt gibt dieser Verein „Recht und Justiz“ heraus, wo unter der Rubrik „Mäxchen Treuherz“ Tips für Rechtsradikale gegeben werden. Als „Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln“ sind die gesammelten Tips nun im „WuselDi“-Verlag Hamburg erschienen. Darin finden sich dann solche Kapitel wie: „Mäxchen und die Juden“ oder „Das Leugnen der Judenvernichtung“. Verantwortlich: Jürgen Rieger.

In der Publikation „Schriftenreihe zur Geschichte und Entwicklung des Rechtes im politischen Bereich“ (Heft 3) hat Rieger sich zur Frage „Wie glaubwürdig sind Zeugen in Nationalsozialistischen Gewaltverbrecher-Prozessen“ Gedanken gemacht: „Dem Juden ist es nach dem babylonischen Talmud erlaubt, einen Nichtjuden vor Gericht mit Rechtskniffen zu verwirren, sodaß er verliert.“

Letzte Nazi-Gründung vom April 1992 im Bereich der Rechtshilfe ist das „Deutsche Rechtsbüro“ mit Postfach in Hamburg, das ebenfalls juristische Hilfe und die Vermittlung „gleichgesinnter“ Rechtsanwälte anbietet. Das Postfach ist identisch mit dem des „WuselDi“-Verlags. Darüber hinaus verbreitet das „Deutsche Rechtsbüro“ über Computer-Mailboxen jeweils die neuesten Entscheidungen von Verwaltungen und Gerichten, die die Aktionen von Nazis betreffen können. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt die Zeitschrift „Rechtskampf“ in Süddeutschland (siehe Faksimile).

Auch die Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ der „Deutschen Freiheitsbewegung“ beschäftigt sich mit Rechtsfragen. Autor dort ist neben Rieger (unter seinem Pseudonym Jörg Riehl) auch Christian Worch, der das „Terrorurteil“ gegen „nationale Aktivisten“ in Bramfeld beklagt.

**Internationale
SOLIDARITÄTS-
WOCHE!**
vom 4. - 11. Dezember 1993

Vor einem Jahr wurden die nationalorientierten Parteien NATIONALISTISCHE FRONT, DEUTSCHE ALTERNATIVE und NATIONALE OFFENSIVE vom Bundesinnenminister verboten. Bis heute haben die Gerichte über ihre Klagen auf Wiedezulassung nicht entschieden.

Kritische Rechtsanwälte und Patrioten verschiedenster rechter Gruppen rufen jetzt zur Solidarität mit den Betroffenen auf:

WEG MIT DEN PARTEIENVERBOTEN!

Nähere Auskünfte zur Solidaritätswoche und zum Stand der Klagen gegen die Parteienverbote gibt der Rundbrief "Rechtskampf":

Rechtskampf

Die FAP

Nach Verbot der ANS „Unterschlupf“ der Neonazis

Nach dem Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) 1983 sammelten sich deren Aktivisten zum einen in „privaten“ Lesekreisen einer NS-Zeitschrift „Die Neue Front“, zum anderen unter dem Dach einer bis dahin eher unbekannt, 1979 gegründete Nazi-Partei, der „Freiheitliche Arbeiterpartei“ (FAP) um Martin Pape. Diese hatte bis dahin vor allem darum gekämpft, ihren Parteistatus nachzuweisen, was angesichts chronischer Mitgliederschwäche die gesamte Kraft des Vereins erforderte. Pape stimmte der Übernahme der FAP durch die ANS unter der Bedingung zu, daß Kühnen selbst nicht Mitglied würde.

Die Anhänger Kühnens wurden in der FAP teilweise ergänzt um die ehemaligen Mitglieder der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSBd) um Friedhelm Busse (München), die schon Ende 1982 verboten worden war. Aus Hamburg gelangten Willi Wegner und Thomas Wulff in die Parteiführung.

In der Folgezeit war die FAP die zentrale Organisation der NS-Nazis, die sich allerdings in internen Konkurrenzen um die

Führerschaft immer wieder selbst lähmte. Ausgangspunkt einer schließlichen Spaltung der FAP in zwei Flügel war eine von Michael Kühnen 1986 im Knast verfaßte Broschüre zum Thema „Homosexualität und Nationalsozialismus“. Die Differenz in der Frage der Homosexualität wurde zum



Titelblatt der FAP-Zeitschrift „Standarte“

Anlaß genommen, um den Einfluß Kühnens, der als „heimlicher“ Vorsitzender der FAP anzusehen war, zurückzudrängen zugunsten des sog. „Mosler“-Flügels. Nach der Haftentlassung Kühnens verschärfte sich der Konflikt bis zur Spaltung, bei der

die Kühnen-Anhänger die FAP verließen, um mit neuen Organisationsformen (Deutsche Sammlung, Deutsches Hessen, Nationale Liste etc.) erneut Einfluß zu gewinnen. Die Hamburger „Nationale Liste“ mit dem formellen Vorsitzenden Thomas „Steiner“ Wulff gehört zu diesen Organisationsansätzen der Kühnen-Truppe. Wulff hat seinen Spitznamen nach einem faschistischen Kriegs„helden“.

Neben der Tätigkeit in der FAP formierten sich die ANS-Mitglieder in verschiedenen konspirativen Gruppen: „Die Bewegung“, „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH), Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, Lesekreise der Neuen Front“. „Neue Front“ wurde das Mitteilungsblatt der „verbotenen“ ANS genannt. Zuvor war die „Innere Front“ (bis Nummer 35) erschienen. Mit einer lückenlosen Fortsetzung dieser Nummerierung stellte sich die Neue Front in diese Tradition. Nach der Spaltung der FAP im Juli 1986 erschienen zwei unterschiedliche Postillen „Die Neue Front“, die beide aus den Niederlanden importiert wurden.

Vorsitzender der FAP seit 1988 ist Friedhelm Busse; er konnte sich damals als Kandidat des kühnenfeindlichen Mosler-Flügels gegen Walther Matthaei durchsetzen. Die Bundesgeschäftsstelle ist seit 1991 in Halstenbeck. Bundesweit hatte sie 1993 angeblich 430 Mitglieder, das Parteiorgan „Standarte“ erscheint zweimonatlich mit einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die FAP unterhält eine eigene Mailbox: „Wolf-Box“.

u.a. Worch und Wulff als Redner auftraten. Mit Kühnens erster Haftentlassung Ende 1982 nahmen auch die Nazi-Umtriebe in Hamburg wieder zu. 1983 vermerkt der VS 291 Vorfälle, 1984 dann bis November schon 311. Brandanschläge auf ein GAL-Büro, Schändung des jüdischen Friedhofsteiles in Ohlsdorf, Überfall mit Gaspistolen auf Ausländer; ein Waffenlager von Kühnen-Anhängern in Sasel wird ausgehoben usw.

Seit Beginn der 80er Jahre gab es in Hamburg eine ganze Reihe von Skinhead-Banden mit engen Kontakten zur Neonazi-Szene. Teilweise wurden die Banden von Mitgliedern der ANS wie Michael David

Die FAP in Hamburg

Auch in Hamburg trat die FAP die Nachfolge der verbotenen ANS/NA an. Allerdings waren die Verhältnisse in Hamburg für die Nazis relativ ungünstig. Kühnen selbst berichtet, wie er im Frühjahr/Sommer 1983 mehrfach von „Anarcho-Rockern“ angegriffen worden und sein Auto demoliert worden sei. Die ANS selbst spricht von 15 – 30 Leuten,

die bei den Treffen teilnahmen, sowie von Gruppen in Hamburg, Rahlstedt und Bergedorf. Angeblich am 9.3.84 fand ein Aktivistentreffen des als Tarnung neubelebten „Freizeitverein Hansa“ mit etwa 40 Teilnehmern statt. Für 1984 sprechen die Nazis selbst von Gruppen in Pinneberg (Antikommunistische Vereinigung) und Bokel, Blankenese und Osdorf sowie in Nettelnburg. Auch die „Deutsche Frauen-Front“ soll existieren. Am 16.6.84 fand ein Treffen „im Süden Hamburgs“ statt, an dem

organisiert. Vor allem im Umfeld von Fußball-Fan-Clubs („Löwen“) waren für die Nazis Jugendliche mit spontan rechten Ideen und entsprechender Prügelbereitschaft zu finden. Einige Zeit lang sahen die Nazis in diesen Jugendlichen ihre bevorzugte Rekrutierungsfeld. Die „Savage Army“ (etwa 1982) beispielsweise war ein Paradebeispiel hierfür. Doch obwohl bis heute in Hamburg um die 100 Skins als NS-Sympathisanten angenommen werden und als Hauer-Truppe in Nazi-Zusammenhänge einzubinden sind, gelang den Nazis eine festere Organisation dieser Szene nur eingeschränkt. Bis heute allerdings haben nahezu alle rechten Jugendbanden, in Bergedorf wie im Süden Hamburgs, in Neuwulmstorf, Kirchdorf Süd, in Niendorf oder in Osdorf mehr oder weniger feste Kontakte zu organisierten Nazis, beziehen von dort Aufkleber, Aufnäher etc.

1984 werden Thomas Wulff und Willi Wegner in den Bundesvorstand der FAP

aufgenommen. Zwei Jahre später waren Wulff und Worch auf der einen Seite, Brüel und Wegner auf der anderen Kontrahenten bei der FAP-Spaltung an der „Schwulenfrage“.

In einem internen Mitgliederrundbrief des Gaus Hamburg der FAP, geleitet von Detlef Brüel und Willi Wegner wird im August 1987 von Gruppen in folgenden Hamburger Stadtteilen gesprochen: Hamburg, Altona, Bergedorf, Neugraben sowie einer „Deutschen Frauen-Front“. Stützpunkte um Hamburg bestanden in Pinneberg sowie in Elmshorn. Christian Worch wird anlässlich der Vorbereitung eines Gaultreffens der FAP in Großensee bei Hamburg von Wegner beschuldigt, „gewollt oder ungewollt“ den Kameraden aus Westfalen „zum einen den roten Mob, zum anderen den Staatsschutz auf den Hals“ gehetzt zu haben. Wegner und Brüel gehören zum kühnenfeindlichen Moslerflügel der FAP.

Das „Komitee Adolf Hitler“

Parallel zu ihren Aktivitäten innerhalb der FAP gründeten diverse Neonazis ein „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler“ (KAH), das angeblich dazu dienen sollte, für den 20. April 1989 spektakuläre Aktionen vorzubereiten. Das „Komitee“ unternahm erhebliche Anstrengungen, um die in Europa noch zu mobilisierenden Alt-Nazis einzubinden. Von seiten der Staatsanwaltschaft wurde in diesem KAH ein Versuch gesehen, das Verbot der ANS zu unterlaufen, und die Mitglieder des KAHs sind wegen Fortführung einer verbotenen Vereinigung vor dem Landgericht Stuttgart angeklagt. Mittlerweile ist der Prozeß nach mehreren Jahren (er begann 1991!) Verhandlung und Beweisaufnahme infolge des Ausfalls mehrerer Geschworener geplatzt und muß erneut aufgerollt werden. Ausschlaggebend für diesen Prozeßverlauf ist die unglaubliche Langmut, die das Gericht der Verzögerungsstrategie des federführenden Anwalts der Angeklagten, Jürgen Rieger, entgegenbringt. Dieser tritt dort als Verteidiger von Jürgen Mosler auf, der der führende Vertreter der „Anti-Kühnen-Fraktion“ der FAP gewesen ist.

Tatsächlich erreichte das KAH sein Ziel nicht. Der 100. Geburtstag Hitlers wurde allenfalls im kleinsten Kreis gefeiert. Angekündigte Treffen fanden nicht statt. Wie sehr aber das Gefühl, in der BRD nicht mehr sicher zu sein, bei großen Teilen der ausländischen Bevölkerung damals schon verbreitet war, zeigen die Ereignisse vom 20.4.1989, als in Hamburg Tausende von ausländischen Schülern nicht zur Schule gingen, viele ausländische Geschäfte geschlossen blieben, weil das Gerücht eines Nazi-Aufmarschs uns von Nazi-Randale die Runde machte. Vom Senat wurde damals vor „Panikmache“ gewarnt; wenige Jahre später aber zeigen die rassistischen Überfälle und Morde deutlich, daß das Gefühl von 1989 durchaus eine reale Grundlage gehabt hatte.

Die Unterzeichner der „Versöhnung“ sind:
Thomas Brehl, Volker Heidel, Walter Matthaei,
Christian Worch, Thomas „Steiner“ Wulff, Michael Kühnen, Jürgen Mosler, Friedhelm Busse, Christian Malcoci und Michael Swierczek.

Zur Veröffentlichung bestimmte Erklärung:

Auseinandersetzungen zwischen den Unterzeichnern in der Vergangenheit, speziell innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre, haben zu einer ernsthaften Beeinträchtigung der jeweiligen politischen Arbeit geführt und unser aller Ansehen geschadet. Aus diesem Grunde beschließen die Unterzeichner gemeinsam folgende öffentliche Erklärung:

Die Unterzeichner verzichten gegenseitig auf Angriffe auf die politische Integrität und/oder die persönliche Ehre jeweils aller anderen Unterzeichner. Weiterhin sorgen sie dafür, daß seitens ihrer Kameraden und Anhänger keine solchen Angriffe gegeneinander gerichtet werden.

den 8.1.1989

Thomas Brehl
- BREHL -

Volker Heidel
- HEIDEL -

Walter Matthaei

Christian Worch
- WORCH -

Thomas „Steiner“ Wulff
- STEINER -

Jürgen Mosler
- MOSLER -

Friedhelm Busse
- BUSSE -

Christian Malcoci
- MALCOCI -

Michael Swierczek
- SWIERCZEK -

Über die oben abgedruckte Erklärung freut sich auch der Vorstand der HNG. Wir geben sie unseren Mitgliedern deshalb zur Kenntnis, weil wir hoffen, daß damit auch die Spannungen innerhalb der HNG ihr Ende gefunden haben.

Friedhelm Busse – ein Nazi und Krimineller

Bundesvorsitzender der FAP ist heute Friedhelm Busse, der selbst auf eine bewegte Vergangenheit in der Neonazi-Szene zurückblicken kann. Er war schon in den 50er Jahren Mitglied des „Bund Deutscher Jugend“ (1953 Verurteilung wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung von FDJ-Mitgliedern), dann der „Deutschen Reichspartei“ (1963 Verurteilung wegen eines Sprengstoffanschlags in Südtirol). 1971 wird Busse aus der NPD ausgeschlossen und gründet die „Partei der Arbeit“ (PdA), die später in „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“ (VSBD) umbenannt wird. 1980 wegen Voksverhetzung verurteilt. Die VSBD wird im Januar 1982 verboten, nachdem 1981 von Busses Haus aus mehrere Neonazis schwerbewaffnet zu einem Bankraub aufgebrochen waren. Sie wurden von der Polizei gestellt und in einem wilden Schußwechsel, vermutlich durch eine vom Neonazi Nikolaus Uhl gezündete Handgranate ausgelöst, wird dieser sowie der Neonazi Kurt Wolfgram von der Polizei erschossen. Gemeinsam mit



Friedhelm Busse

Peter Fabel, Peter Hamberger und dem Franzosen Pascal Coletta waren sie – aus Frankreich kommend – zu Busse gefahren, gegen den schon ein Strafverfahren und

weitere Ermittlungen seitens der Bundesanwaltschaft liefen. Beim Zugriff auf die Gruppe war die Polizei über deren Bewaffnung bestens informiert. Aus dem Einstellungsbeschuß der Staatsanwaltschaft, mit dem eine Anzeige der Nazis gegen den zuständigen Polizeipräsidenten von München niedergeschlagen wurde, geht hervor, daß diese Informationen von einem „Mitteiler, der unmittelbaren Zugang zu der Gruppe hatte“ stammten. Wer dieser „Mitteiler“ gewesen ist, ist bis heute ungeklärt geblieben. Kurt Wolfgram stammt im übrigen aus der Braunschweiger ANS-Gruppe um Paul Otte, die schon Ende der 70er Jahre intensiv mit Worch und Kühnen zusammenarbeitete. Busse wurde damals zu drei Jahren Gefängnis wegen Hehlerei und Strafvereitelung etc. verurteilt.

Während ein Teil der ehemaligen Mitglieder der VSBD die „Nationalistische Front“ um ihr Zentrum in Bielefeld aufbauen (zu der auch Jürgen Rieger zählte), wendet sich Busse mit seinen Getreuen der FAP zu. Auf dem Gautreffen der FAP in Grobensee bei Hamburg am 11.7.87 war Busse in Hamburg und führte einen „Sturm“ der FAP auf die besetzten Häuser in der Hamburger Hafenstraße an. 1988 setzte sich Busse als Kandidat des kühnenfeindlichen „Moslerflügels“ gegen den Kandidaten des „Kühnen-Flügels“, den Alt- und Neonazi Walther Matthaei bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden der FAP durch.

Die Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek und die Brüder Goertz

Auch in Halstenbek gründete sich die FAP erst nach dem Verbot der Kühnentruppe ANS. Die ANS hatte in den westlichen Vororten Hamburgs schon immer einige Mitglieder gehabt, die nun offenbar die neue Organisation zur Fortsetzung ihrer Aktivitäten benutzte. Am 5.10.1983 war die Kameradschaft Pinneberg der ANS gegründet worden (verboten Ende 1983), im Dezember folgte dann die FAP-Ortsgruppe. Unter ANS-Führer Pagel überfielen diese Nazis im Mai 1984 eine VVN-Veranstaltung in Pinneberg und tat sich durch Kleben von FAP-Aufklebern hervor.

Seit 1991 befindet sich die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek - in der

Wohnung des Bundesgeschäftsführers Glenn Goertz. Von hier aus wurden die kriminellen Umtriebe dieser Nazi-„Partei“ gesteuert und organisiert. Hier trafen sich immer wieder Neonazis und machten bei ihren Treffs die Gegend um den S-Bahnhof Krupunder zu einem gefährlichen Pflaster für die von den Nazis so genannten „linken Zecken“. Insbesondere bei manchen Fußballspielen zogen die Nazis und rechte Hooligans hier in ganzen Rudeln auf.

1987 wird die Arbeit des Kreisverbands Pinneberg der FAP in einem internen Rundschreiben besonders gelobt. Pinneberger FAPler nahmen an Märschen vor die Konsulate der Alliierten als auch einem Marsch durch Witten teil. 1989 wurden im Halstenbeker Jugendzentrum Zwischenfälle mit Nazis vermerkt. Seit Anfang der 90er Jahre sind faschistische Provokationen an

der Tagesordnung: Am 5.10.1991 wurden die Scheiben eines Flüchtlingsheims mit Steinen eingeworfen.

Das ganze Jahr 1992 über häuften sich nazistische Überfälle und Provokationen. Am 29.4.92 wurde ein afrikanischer Flüchtling von einem FAP-Mitglied zusammengeschlagen – 50 Meter von einer Kneipe entfernt, in der eine FAP-Versammlung stattfand. Am 22.8.92 beteiligten sich mehrere FAPler aus Halstenbek an den Pogromen in Rostock. Am 1.9.92 tauchten Aufkleber auf mit folgendem rassistischen Text: „Achtung! Die Gemeindeverwaltung weist darauf hin, daß Ausländer und Asylanten den Schützenplatz nicht betreten dürfen! Der Bürgermeister“. Am 30.9. wurden bei einer Polizeirazzia auf dem Bahnhofsvorplatz unter ca. 40 FAP-Mitgliedern und Mitläufern zahlreiche Waffen sichergestellt. Regelmäßig mittwochs versammelten sich FAPler am S-Bahnhof Krupunder und wurden mehrfach von der Polizei kontrolliert; es wurden Waffen beschlagnahmt. Am 7.10.1992 kündigte die FAP am S-Bahnhof Krupunder eine Kund-

gebung an unter dem zynischen Motto: „Mehr Toleranz mit Andersdenkenden“, wogegen eine breitere Mobilisierung stattfand.

Dagegen organisierten sich betroffene Jugendliche, die in jahrelangen Aktionen allmählich den Spieß umkehrten. Mit Mahnwachen und Demonstrationen wurde die Öffentlichkeit auf diese braune Nest aufmerksam gemacht. Nach dem Verbot der „Nationalistischen Front“ und der Ankündigung eines geplanten FAP-Verbots wird kistenweise Material (Ordner und Disketten) aus der Bundesgeschäftsstelle abtransportiert.

mer. Damals waren die Tostedter Skins Sascha und Patrick Bothe sowie Sven-Ole Reese an einem Überfall von 15 FAPlern (darunter Willi Wegner und Detlef Brüel) auf eine VVN-Veranstaltung in Lünburg dabei. Nachdem am 19. April 1993 die Bande mit Reichskriesflagge in aller Öffentlichkeit den Hitlergeburtstag gefeiert hatte, trat sie mit Einschüchterungsbriefen an die lokalen Antifas in Erscheinung, in denen eine Tostedter „Anti-Antifa-Gruppe“ angekündigt wurde.

Führende Personen der FAP in Hamburg sind die Brüder Andre und Glenn Goertz. Um die Halstenbeker Wohnung des



Demonstration gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek

Wenige Tage nach dem Brandanschlag von Mölln war es dann vorwiegend türkischen Jugendlichen im Dezember 1992 unerträglich geworden: Sie versuchten, die Bundesgeschäftsstelle zu stürmen und verletzten dabei einige der Nazis zum Teil schwer. Das ganze erste Halbjahr 1993 versuchen die Goertz-Brüder, die FAP als legale Partei in Halstenbek zu etablieren, indem sie bei Gemeinderatssitzungen teilnehmen oder auch mal bei öffentlichen SPD-Versammlungen. Dagegen wird Widerstand mobilisiert, der zum Rauschmiß der Brüder aus diesen Versammlungen führt. Gleichzeitig sind FAPler weiterhin im Landkreis mit Aufklebern und Überfällen unterwegs. Ob es im Mai 1993 in Halstenbek zur geplanten Gründung eines offiziellen Landesverbands Schleswig-Holstein der FAP unter Glenn Goertz gekommen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Am 29.5.1994 wurde ein Türke von Skinheads aus dem Umkreis der FAP in Ellerbek überfallen, sein Auto demoliert; er selbst konnte mit Mühe fliehen.

Offenbar seit 1989 gibt es einen FAP-Ableger in Tostedt um das Ehepaar Blies-

FAP-Bundesgeschäftsführers Glenn Goertz, in der auch ein „Nationales Infotelefon“ installiert ist, sammelten sich immer wieder Neonazis, kam es zu Überfällen auf Antifaschisten und Ausländern etc., bis ein Bündnis diesen Provokationen militanten Widerstand entgegensetzten und die Nazis in ihre Schranken wiesen.

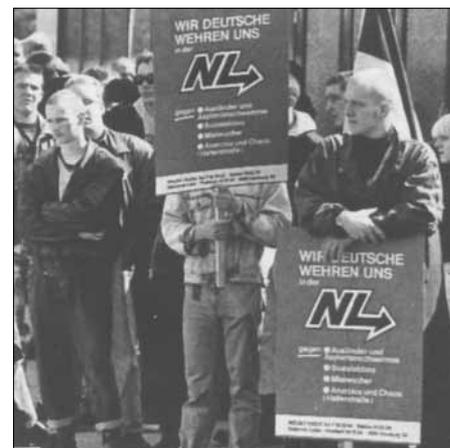
Glenns Bruder Andre ist Jura-Student an der Universität Hamburg und wohnte eine zeitlang im Haus der Burschenschaft Germania, wo er aktiv bei der Organisierung brauner Politik und Ideologie in Uni-Kreisen tätig war. Zumindest Andre Goertz ist schon Ende der 80er Jahre als Schüler aufgefallen: Wegen des Klebens nazistischer Aufkleber wurde er von der Schule geworfen. Für 1993 wird in Hamburg ein offizieller Landesverband der FAP angegeben, während ein Landesverband für Schleswig-Holstein erst gegründet werden sollte. Auf den Heß-Märschen der Faschisten tauchen die Goertz-Brüder mehrfach auf: So 1993 in Fulda, wo sie neben dem FAP-Vorsitzenden Busse marschieren und 1994, als sie in Schleswig-Holstein einen etwas kümmerlichen Heß-Marsch zustande bringen.

Die Nationale Liste Hamburg

Die Nationale Liste Hamburg unter ihrem Vorsitzenden Thomas „Steiner“ Wulff wurde im März 1979 gegründet als eine von vielen über die BRD und auch später in der ehemaligen DDR verbreiteten Nazi-Organisationen. Sie wurden allesamt von Nazis gegründet, die gemeinsam mit Michael Kühnen die FAP als Minderheit verlassen hatten und nun nach neuen Organisationsformen suchten. Erste Organisation dieser Art war die „Deutsche Sammlung“ in Hessen, mit der die Nazis an den hessischen Wahlen teilnehmen wollten. Die „Deutsche Sammlung“ wurde im Februar 1979 verboten. Im Mai folgte die Gründung der „Deutschen Alternative“ in Bremen, ein „Initiative Volkswille“ in Hessen folgte; „Deutsche Alternativen“ wurden in weiteren Bundesländern gegründet etc. In den meisten Bundesländern sind diese Nazi-Gruppen mittlerweile verboten worden oder haben sich unter beständigem Verfolgungsdruck durch Polizei und Staatsanwaltschaften mittlerweile selbst aufgelöst.

Vorsitzender der Nationalen Liste Hamburg wurde (und ist bis heute) Thomas Wulff, bis dahin nach seiner Mitgliedschaft in der Wehrsportgruppe Blankenese und der ANS stellvertretender Landesvorsitzender der FAP in Hamburg. Mit im Vorstand waren Anfangs: Thomas Sauer und Ursula Worch, die damalige Ehefrau von Christian Worch. Von Anfang an plädierte die NL für ein Wahlbündnis aus „Deutscher Alter-

NL-Wahlpropaganda am Berliner Tor
Wahlen Hamburg 1991



native“, FAP, NL und „Nationalistischer Front“. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer im November 1989 stürzte sich die NL auf die „Aufbauarbeit“ in der damaligen DDR. Worch verteilte Flugblätter an den Grenzübergängen, Thomas Wulff rüstete die von den Nazis der „Nationalen Liste“ besetzte Weitlingstraße in Berlin logistisch aus. Schon 1990 veröffentlichte die NL in ihrer Schrift INDEX Listen von ehemaligen Richtern, Staatsanwälten und Kriminalpolizisten, die an Verfahren gegen Nazis in der DDR beteiligt waren und forderten dazu auf, deren Aufenthaltsorte zu melden. Boykottaufrufe gegen mißliebige Restaurants etc. ergänzten diese frühen Aktivitäten der NL in Sachen „Anti-Antifa“ (zur „Anti-Antifa-Politik“ der Nazis siehe den entsprechenden Abschnitt in dieser Broschüre).

Bislang sind gegen die Nationale Liste Hamburg allerdings keine ernsthaften Schritte unternommen worden. Ob der Verbotsantrag des Hamburger Senats vom Sommer 1993 in absehbarer Zeit zur Entscheidung führen wird, war bei Redaktionsschluß dieser Broschüre nicht abzusehen. Die Nationale Liste Hamburg betreibt ein Info-Telefon und stellte seit ihrer Gründung ihre Mitglieder als Ordner bei zentralen Nazi-Versammlungen und Aufmärschen ab. Unter Worch und Wulff stellten sie beispielsweise die Ordnertruppe am 21.4.1990 in München bei der Veranstaltung „Wahrheit macht frei“, auf der nicht nur die „Eselsmasken“-Aktion wiederholt wurde, sondern auch ein „Marsch auf die Feldherrenhalle“ in Anlehnung an den versuchten Hitler-Putsch 1923 versucht wurde. Diese Veranstaltung war ein Treffen der gesamten nationalen wie internationalen Nazi-Prominenz. Neben der Nationalen Liste sowie weiteren Mitgliedern diverser Nazi-Gruppen waren dort vertreten:

David Irving, englischer „Historiker“, der die Verbrechen der Faschisten „widerlegt“;

Dr. Gerhard Frey von der „Deutschen Volksunion“;

Vertreter des US-amerikanischen „Instituts for Historical Review“, das die Leugnung der NS-Verbrechen zum Programm hat;

Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Vordenker des „neokonservatismus“ und Preisträger der „Deutschland-Stiftung“;

Ewald Bela Althans aus München, Star des Films „Beruf Neonazi“;

Professor Helmut Schröcke, Mitinitiator des rassistischen „Heidelberger Manifests“.

Am 21.5.1991 durfte die „Nationale Liste“ mit etwa 50 Teilnehmern im Hamburger Stadtteil St. Georg unter Polizeischutz demonstrieren. AntifaschistInnen,

die vor einem Nazi-Lokal auftauchen, werden mit Bierflaschen und Stuhlbeinen angegriffen, ohne daß die Polizei eingriff. Lediglich der anwesende Kühnen-Nachfolger Gottfried Küssel, gegen den in Dresden ein Haftbefehl vorlag, wurde festgenommen. Dieser Aufmarsch war Teil des „Wahlkampfes“ der NL zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 2.6.1991, wo sie 432 Stimmen (0,1%) erhielt. Auch 1993 kandidierte die NL, erhielt aber nur wenig über 300 Stimmen.

Nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen im Herbst 1992 fühlte sich auch die Nationale Liste Hamburg ermuntert. In einer Schrift „Hoyerswerda, Rostock, Hamburg“ werden ähnliche Pogrome auf für Hamburg prophezeit: „In den mitteldeutschen (!) Städten hat das Volk die Sache selbst in die Hand genommen.“ Und: „Wir stehen am Rande eines Bürgerkriegs.“ Gegen „die Überfremdung und Überflutung“ durch Ausländer werden Ausschreitungen angekündigt: „Es soll das

Land der Deutschen bleiben, kein multikultureller Mischmasch! Wenn aus Empörung Frust wird, wird aus Protest Gewalt!“

1992 führte ein „Komitee für freiwillige Reservistenarbeit-Nord“ (KON) mehrere Wehrsportübungen in Norddeutschland durch. Hinter dem KON, das auch offizielle Anfragen auf Zugang zu Bundeswehrgelände gestellt hat, steht die Nationale Liste sowie der mittlerweile verbotene „Kameradschaftsbund Wilhelmshaven“.

Seit Anfang 1993 ist Christian Scholz, Aktivist der NL, Schriftleiter und presserechtlich Verantwortlicher für die Nachrichten der „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene e.V.“ (HNG). Nach anderen Quellen sympathisiert Christian Scholz mittlerweile mit der „Nationalen Offensive“, bei deren stellvertretendem Bundesvorsitzenden Willi Wegner (siehe an anderer Stelle) er seit 1992 wohnt.

Ende 1993 lobte die NL Hamburgs Bürgermeister Voscherau, der eine Zuzugssperre für Ausländer in bestimmte Stadttei-

FLugblatt der Nationalen Liste, mit dem sie um Unterschriften für die Wahlzulassung zu den Bürgerschaftswahlen warb

HABEN SIE AUCH DIE SCHNAUZE VOLL VON ...

- ... steigender Kriminalität ???
- ... immer höheren Mieten und immer weniger brauchbaren Wohnungen ???
- ... dem ungebremsten Asylantenzustrom, jetzt nicht nur Neger und Asiaten, sondern auch Polen und Jugoslawen ???
- ... Drogenhandel und Drogenmißbrauch sogar an den Schulen ???
- ... Gewalttätigkeiten politischer Randgruppen wie der „Hafenstraßen“ – oder „Autonomen Szene“ ???

MEINEN SIE AUCH, DASS ...

- ... in dieser Stadt mal ein frischer Wind wehen müßte ???
- ... der „Ewige Senat“ (mal SPD, mal SPD+FDP) die Dinge schon zu lange einfach laufen läßt ???
- ... die bürgerliche CDU-Opposition zu lahm ist, um wirklich Druck zu machen ???

... DANN LIEGEN SIE MIT UNS RICHTIG!

Wir sind jung, dynamisch und nötigenfalls auch politisch aggressiv. Wir sagen, wo der Schuh drückt, wir legen den Finger in offene Wunden, wir sprechen aus, was andere nicht einmal zu denken wagen.

Wenn Sie uns dabei helfen wollen:

Geben Sie uns Ihre Unterstützungsunterschrift, damit wir an der Wahl teilnehmen können. (Das heißt übrigens nicht, daß Sie uns am Wahltag dann auch ihre Stimme geben müssen.)
Füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn an uns zurück:



NATIONALE LISTE

POSTFACH 60 19 24 2000 HAMBURG 60

len propagierte. Drei Monate nach der Bürgerschaftswahl habe er Positionen der NL übernommen.

Die Nationale Liste wirbt im braunen Verbund mittlerweile um eine Stimmabgabe für die REPs bei den Bundestagswahlen 1994. Der Aufruf der NL für die REPs wird u.a. veröffentlicht in der rechtsextremen Postille „Der Frontsoldat“, dem Mitteilungsblatt des „Stahlhelm e.V. Bund der Frontsoldaten-Kampfbund für Europa“, der selbst zu den Organisationen um DVU-Chef Dr. Gerhard Frey gehört.

Im Juni 1994 feiern am Wittensee bei Rendsburg etwa 50 Jungnazis eine Sonnwend-Feier und gröhlen das Horst-Wessel-Lied. Veranstalter: FAP, NL, Wiking-Jugend und andere Gruppen.

Zumindest bis vor kurzem war Sitz der NL eine Wohnung in Hamburg-Lohbrügge. Die Wohnung wurde früher von Thomas Wulff bewohnt, dient aber zuletzt nur noch für Versammlungszwecke. Offiziell hat die NL derzeit zwischen 20 und 30 Mitglieder.



Willi Wegner – eine Nazi-Karriere

Willi Wegner, zuletzt wohnhaft in Hamburg-Horn, gehört zu den ältesten Aktivisten der Hamburger und Deutschen Neonazi-Szene: Anfang der 70er Jahre Mitgründer der NSDAP/AO in der BRD.

1973/74: Mitglied einer Wehrsportgruppe Neumann; Anschläge auf Buchläden (polibula Göttingen), Grabschändungen, Raub von Maschinenpistolen, Waffenlager; flog 1974 auf. Dafür wurde Wegner 1976 zu 39 Monaten Haft verurteilt. H. J. Neumann, der 1974 bei der NSDAP-Versammlung im Haus des Sports teilgenommen hatte, setzte sich nach Südafrika ab.

1978: Haftentlassung; bis 1981 Briefkontakt mit dem einsitzenden Michael Kühnen.

1981: beteiligt am Mord an Johannes Bügner im Mai 1981; 18 Monate Haft.

1984: Haftentlassung im Januar; im März festgenommen beim Plakatieren mit einer selbstgebastelten Waffe.

1984: Redner bei einer ANS-Veranstaltung im Juni.

1985: seit Juli im FAP-Vorstand Hamburg.

1986: Sechs Monate Haft wegen NS-Propaganda; stellv. Bundesvorsitzender der FAP.

1987: Beteiligt beim Versuch, die Hafestraße anzugreifen.

1989: Im April Angriff auf eine VVN-Veranstaltung in Lüneburg u.a. mit Manfred Börm (ANS, Wiking-Jugend-Führer und 1979 im Bückeburger Prozeß gegen die ANS-Terrortruppe verurteilt), sowie der Tostedter FAP-Gruppe.

1991: Seit Februar einer der Angeklagten im Stuttgarter Prozeß gegen das KAH wegen Fortführung der verbotenen ANS.

1991: Seit April stellvertretender Vorsitzender der „Nationalen Offensive“.

Wegner wohnt seit 1992 in einer Wohnung zusammen mit Christian Scholz, der seit spätestens 1985 ebenfalls zum sogenannten „Mosler-Flügel“ der FAP gehört und 1985 mit ihm zusammen bei einer Hitler-Geburtstagsfeier in der Gärtnerei Müller in Mainz-Gonsenheim. Scholz war Schriftführer und presserechtlich Verantwortlicher der „FAP-Nachrichten“, des „Volksgenossen“ und „Der politische Soldat“ (alle FAP). Er baute die FAP in Nordrhein-Westfalen mit auf, nahm an FAP-Aufmärschen 1987 und 1989 in Rothenburg/Wümme teil und taucht als FAP-Adresse im bekannt gewordenen Notizbuch von Michael Kühnen auf. Offenbar bilden Wegner, Scholz und Henry Fiebig (siehe Abschnitt „Bewegung in Waffen“) den Kern der (verbotenen) „Nationalen Offensive“ in Hamburg.

Christian Worch gemeinsam mit Wilfried Arnulf Priem.

Priem wurde Anfang der 70er Jahre von der Bundesregierung aus DDR-Haft freigekauft, wo er wegen rechter Aktivitäten einsaß. Er gründete in Freiburg die „Kampfgruppe Priem“, die u.a. antifaschistische Demonstranten vor einem Kino zusammenprügelte.

Später ging Priem nach Berlin, wo er als Anführer einer Nazi-Rocker-Gruppe tätig ist. Er ist Chef des „Gauschulungsamtes Wotans Volk“ und mit Worch im Führungskreis der GDNF. Er wurde Ende 1993 an der österreichischen Grenze festgenommen und wird in Verbindung gebracht mit den Briefbomben-Attentätern dort.

Mitte August 1994 wurde Priem verhaftet. Er wird der „Bildung bewaffneter Haufen“ beschuldigt, eines Staatsschutzdelikts.



Braune Technik-Freaks

Nationales Infotelefon Hamburg

Seit Anfang 1993 existiert in Hamburg ein sogenanntes „Nationales Infotelefon“, über das die Neonazis eine halböffentliche Propaganda betreiben, ihre Aktionen koordinieren etc. Die technische Einrichtung eines solchen Telefons ist denkbar einfach: Auf einem Anrufbeantworter wird eine möglichst langer Text gesprochen, der dann einfach abgehört werden kann. Außerdem können über den Anrufbeantworter auch Informationen gesammelt werden. Immer wieder haben die Nazis die „Nationalen Infotelefone“ als Sammelstelle für „Anti-Antifa-Informationen“ propagiert.

Betrieben wird das Hamburger Infotelefon von dem Jura-Studenten Sven Sievert, einem Mitglied der FAP, von seiner Wohnung in der Eiffestr. 602c im 3. Stock. Anfang 1994 war die Telefonnummer: 040-2195400. Ergänzt wurde das Telefon in der Eiffestr., dessen Tonband schon ein-

mal polizeilich beschlagnahmt wurde, von einem zweiten Telefon in der Wohnung von Glenn Goertz in Halstenbek. Bundesweit existieren mindestens noch in Mainz, Frankfurt und im Sauerland weitere solche Infotelefone.

Gegen das Infotelefon fand Mitte April eine Demonstration von etwa 1000 – 1500 AntifaschistInnen statt. Nachdem die Polizei schon Mittags die Brüder Glenn und Andre Goertz vorsorglich festgenommen hatte, erhöhte sich im Verlauf der Aktion die Zahl der festgenommenen Nazis auf 23 – sie hatten sich mit Toschlägern, Tränengasdosens, Signalwaffen und Pflastersteinen vor das Haus gestellt und wurden vorsorglich „in Gewahrsam genommen“.

Auch Mobiltelefone werden von den Nazis genutzt – spätestens als sie 1990/91 in der ehemaligen DDR Probleme mit dem Telefon hatten. So war beispielsweise im August 1993 beim Rudolf-Heß-Marsch jeder Bus mit einem solchen Telefon ausgerüstet, und Worch – Deckname „Westwind“ – konnte die Nazi-Kolonnie relativ einfach nach Fulda dirigieren.

April 1994: Einer von 24 Nazis, die bewaffnet gegen eine Demonstration gegen das „Nationale Infotelefon“ in der Eiffestraße vorgehen wollen.



Bildschirmschoner, der von Nazis auf Disketten verbreitet wird

Datennetze der Neonazis

Auch die Nazis nutzen in verstärktem Umfang die modernen Techniken der Kommunikation. Da gibt es z.B. im System der Computer-Mailboxen das sogenannte THULE-Netz, in dem rechte Gruppen ihre Nachrichten verbreiten. Die FAP unterhält eine eigene Mailbox: „Wolf-Box“ in Krefeld. Innerhalb der Computerszene gibt es dazu eine Auseinandersetzung und die entsprechenden Freaks versuchen, sich durch entsprechende Maßnahmen gegen diesen braunen Dreck zu wehren (Vollmüllens der öffentlich zugänglichen Nazi-Mailboxen etc.). Doch hinter den öffentlich zugänglichen Netzen verbergen sich weitere, nur durch spezielle Passwörter zu öffnende Mailboxen, in denen die nach außen abzuschirmende Kommunikation stattfindet.

Seit Sommer 1994 ist auch die Hamburger Nationale Liste im Thule-Netz vertreten, um das „Werk der zunehmenden Vernetzung der Nationalen Opposition erfolgreich fortsetzen zu können“. Insbesondere wirbt die NL im Thule-Netz weiterhin darum, Namen, Adressen etc. von

AntifaschistInnen zu übermitteln, um sie im „INDEX“ veröffentlichen zu können.

In der NS-Zeitschrift „Neue Front“ wurden Artikel zum Umgang mit Datenbanken veröffentlicht, eine Diskette mit der Datei „Wehrwolf.txt“ enthält Anleitungen zum Bombenbauen, auf durch AntifaschistInnen „beschlagnahmten“ Disketten aus dem Umkreis der „Nationalen Alternative“ fanden sich dilettantisch gelöschte Dateien mit „unerwünschten Personen“ etc.

Doch während die Betreiber von Mailboxen letzten Endes zu ermitteln sind, hat in den letzten Jahren eine andere Verbreitungsmethode nazistischer Propaganda erheblich zugenommen: Die Verbreitung von nazistischen Computerspielen per Dis-

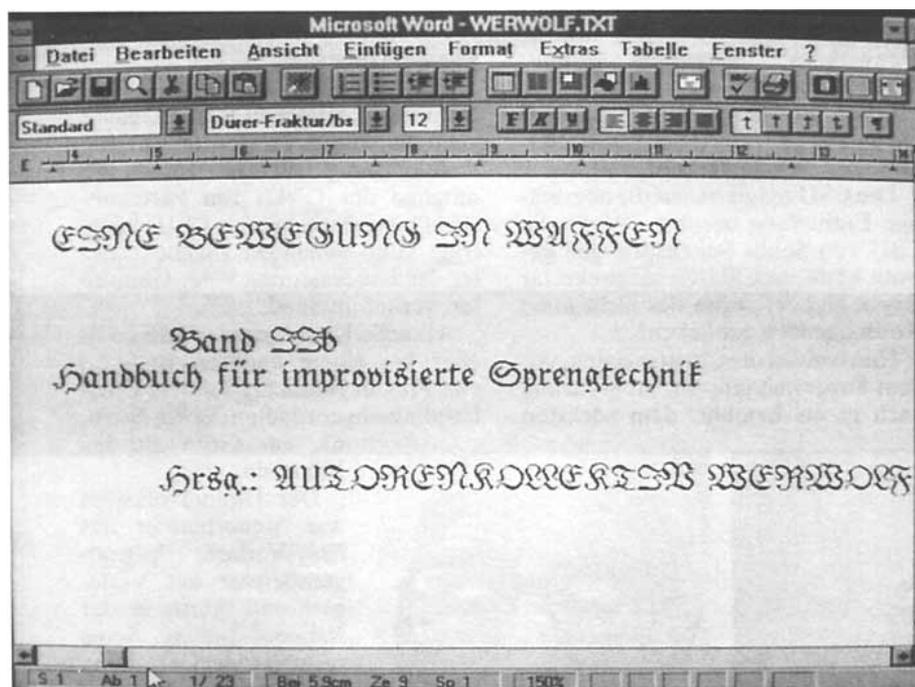
kette. Ursprünglich waren diese „Spiele“ recht primitiv und vorwiegend für die Besitzer von amiga-Computern zugänglich; heute sind die „Spiele“ raffinierter gemacht und auch auf üblichen PCs verbreitet. Neben üblen „KZ-Spielen“ finden sich heute aber auch Anleitungen für den rechten Terror, Anleitungen zum Bombenbauen usw. auf solchen Disketten, die vielfach nicht nur diese Nazi-Scheiße enthalten, sondern auch Raubkopien nützlicher Software. Da Disketten mit brauchbarer Software heute gerne weitergegeben werden, verbreitet sich auch derartige Nazi-Scheiß recht schnell und ist kaum mehr auf einen Urheber zurückzuführen.

Eine Bewegung in Waffen

Dies ist der Titel einer Schriftenreihe, die derzeit auf Diskette kursiert und die auszugsweise im „NS-Kampftruf“ abgedruckt wurde. Der „NS-Kampftruf“ ist eine auf deutsch erscheinende, in USA hergestellte Zeitung der NSDAP/AO des Gary Rex Lauck aus Lincoln in Nebraska. Diese Schrift ist eine Anleitung zur terroristischen Machtüber-

nahme. Teil 1 enthält Bemerkungen zu Massenpsychologie, Propaganda und Revolution, Teil 2a erläutert Strategie und den revolutionären Kleinkrieg, Teil 2b gibt genaue Anleitungen für den Umgang mit Sprengstoff. Dieser letzte Teil ist im Wesentlichen der Schriftenreihe des Schweizerischen Unteroffiziersverbands entnommen, die präzise die Taktik des Untergrundkampfes für den Fall beschreibt, daß die Schweiz von einer fremden Macht besetzt wird. Es wird vermutet, daß neben den Disketten die Nazi-

Nazi-Anleitung zum Staatsstreich



1974-1994, ZWANZIG JAHRE NAZIS IN HAMBURG

Schrift auch als Broschüre in Umlauf gebracht werden soll.

Als Autor wurde im Sommer 1994 der in Hamburg lebende Nazi Henry Fiebig ausgemacht., der schon ein Jahr zuvor aufgefallen war, weil er sich in der Juliusstraße gegenüber der „Roten Flora“ im Schanzenviertel eingemietet hatte und von dort aus am 11. Juni 1993 mit einer Schrotflinte auf AntifaschistInnen geschossen hatte. Fiebig gilt als Repräsentant der (verbotenen) „Nationalen Offensive“ in Norddeutschland. In seiner Wohnung wurde Waffen (Schreckschuß, Reizstoff und Signalmunition), Materialien, die zur Herstellung von Sprengkörpern geeignet sind, mehrere Flaschen mit Brandbeschleunigern und neonazistisches Material gefunden.

Ähnliche Anleitungen zum Terror hat es in der Nazi-Szene schon häufiger gegeben. Mitte der 80er Jahre kursierte eine ähnliche Anleitung als das "Märchen vom bösen Wolf" in Norddeutschland. Die damalige Schrift wurde mit dem Förster Lembke in Verbindung gebracht, der ein umfangreiches Waffenlager gesammelt hatte und im Gefängnis tot aufgefunden worden war, als er gegenüber dem BKA umfangreiche Aussagen machen wollte.

Nazi Propaganda durch Grundrechte geschützt?

Bei diesen „Nationalen Infotelefonen“ machen sich die Nazis die Tatsache des Telefon- und Briefgeheimnisses zunutze. Die private Kommunikation per Brief oder Telefon ist dabei ebenso geschützt wie die Wohnung. Die Nationalen Infotelefone allerdings dienen nicht der privaten Kommunikation, sondern sind eindeutig Bestandteil einer öffentlichen Propaganda, da sie nur zu dem Zweck eingerichtet sind, öffentliche Informationen zu verbreiten.

Daß diese Telefone sich auf einem sehr schmalen Grat von angeblicher Legalität bewegen, ist den Nazis durchaus bewußt. So schlossen bis Herbst 1993 die Ansagen des Hamburger Telefons mit „Heil Deutschland“, seitdem sind die Texte etwas „moderater“, um möglichst wenig Angriffspunkte für behördliches Einschreiten zu bieten.

Volksverhetzung mit braunen Parolen

„Nationales Infotelefon“ wurde beschlagnahmt – Polizei ermittelt

Staatsanwaltschaft und Staatschutz sind erstmals gegen das „Nationale Infotelefon“ vorgegangen. Sie beschlagnahmten in einer Wohnung an der Eiffestraße den Anrufbeantworter, über den rechtsextremistische Kreise ihre braunen Parolen verbreiten. Gegen den Wohnungsinhaber Jens S. (24) und den FAP-Landesvorsitzenden Andre G. (22), der den Text auf das Band gesprochen haben soll, wird wegen übler Nachrede und Volksverhetzung ermittelt.

Grund der Polizei-Aktion: Auf dem Band hatten die Betreiber in einem Bericht über den Film „Schindler's Liste“ vom einem „Auschwitz-Mythos“ gesprochen. Wörtlich hieß es: „Ein Film von Spielberg erhält grundsätzlich einen Oscar. Richtet er sich gegen Nazi-Deutschland, kommen weitere dazu, und das hält den Auschwitz-Mythos am Leben.“ Weiter hieß es, daß in Deutschland trotz Medien-Propaganda erst 300 000 „Manipulierte“ den Film gesehen hätten.

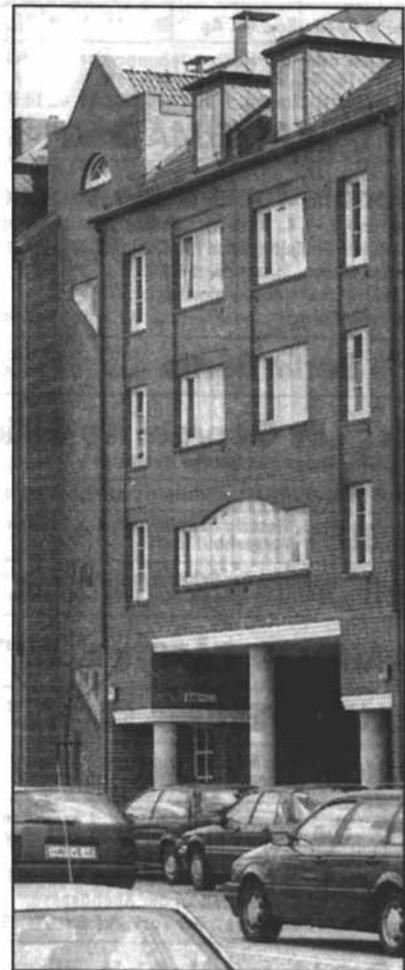
Die Tatsache, daß im Konzentrationslager Auschwitz systematisch und planmäßig unzählige Juden ermordet worden seien, werde auf dem Band bestritten, so Oberstaatsanwalt Rüdiger Bagger. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ das Amtsgericht Hamburg einen

Durchsuchungs-Beschluß für die Wohnung an der Eiffestraße und die Halstenbeker Wohnung von Andre G. Die Beamten beschlagnahmten den Anrufbeantworter, Unterlagen, Mini-Tonbänder, einen Computer, eine Festplatte und Disketten.

Das „Nationale Infotelefon“ ist vor etwa einem halben Jahr eingerichtet worden. Dahinter steht die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). In Form einer Nachrichtensendung verbreiten die Rechtsextremisten Informationen für Gleichgesinnte, hetzen – meist juristisch unangreifbar – gegen Ausländer und Minderheiten.

Die Betreiber installierten inzwischen einen neuen Anrufbeantworter mit einem neu besprochenen Band. Dagegen ist die Staatsanwaltschaft machtlos. Sie kann erst eingreifen, wenn die Betreiber sich mit einer Anklage strafbar machen. Die Anklagen werden in der Regel einmal in der Woche aktualisiert.

Für Freitag, 15. 4., ruft die „Antifa“ über ihre „Antirassistischen Telefone“ zu einer Kundgebung gegen das „Nationale Infotelefon“ auf. Die Rechten wiederum mobilisieren bundesweit zu einer Gegenkundgebung. Beide Demonstrationen sind bisher noch nicht offiziell angemeldet worden. Die Polizei befürchtet größere Ausschreitungen. ml



In der Wohnung von Jens S. an der Eiffestraße beschlagnahmte die Polizei das „Nationale Infotelefon“.

Terror von Rechts

Die Zeitschrift „INDEX“ (Hamburg 1992)

Im August 1992 begann die Hamburger Zeitschrift „INDEX“ der „Nationalen Liste“ um Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff mit der Veröffentlichung von sogenannten „Anti-Antifa-

Listen“ und eröffneten damit eine bundesweite Kampagne der Neonazis, unter dem Titel „Anti-Antifa“ DemokratInnen und AntifaschistInnen einzuschüchtern. Daß es den Nazis um nichts anderes als um die Einschüchterung und Aufforderung zur direkten Gewalt geht, wird an dem im „INDEX“ formulierten Ziel dieser „Anti-Antifa-Listen“ deutlich: Es gehe darum,

„durch gezielte Feindaufklärung ... diese kriminellen Subjekte aus der Anonymität der Masse herauszureißen.“ In der Hamburger Zeitschrift wurden über den Hamburger Bereich hinaus auch Adressen aus Norderstedt oder Wilhelmshaven veröffentlicht. Neben Privatadressen (inklusive Berichten über persönliche Gewohnheiten, Lieblingskneipen etc.) werden auch Buchläden, Cafés, Beratungsstellen, Copy-Shops, Druckereien, Schülerzeitungen, Jugendzentren bis hin zu Senioren-Arbeitskreisen ins braune Visier genommen.

Der „EINBLICK“ – Aufforderung zum Terror

Ein Jahr später, im Herbst 1993 kam dann der „EINBLICK“ heraus, der die bundesweiten Bemühungen der „Anti-Antifa-Initiative“ Worchs zusammenfaßte. Gegen DM 10.– konnte das Papier über eine Deckadresse in Dänemark bestellt werden. Geworben worden war für die Broschüre schon seit einem Jahr, über die Nationalen Infotelefone und ähnliche Kommunikationsmedien der Neonazis. Das Ausspähen der Gegner war schon seit längerer Zeit ein Teil der Nazi-Politik. Das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ unterhielt ein „Referat für Sicherheitsfragen“, die ANS hatte Sonderführer für Sicherheit (gegen Verräter in den eigenen Reihen) etc. Der Göttinger Nazi Michael Fiedler vom Studentenbund Schlesien bezeichnet sein Mitteilungsblatt auch mal als „Fachblatt für Wölkologie und Hundsejdkunde“ (Wölk und Hundsejdkunde sind antifaschistische JournalistInnen).

In Westberlin war noch vor dem „EINBLICK“ ein von Worch initiiertes Blatt eines „Freundeskreis revolutionärer Volksozialisten“ erschienen, das ebenfalls die Veröffentlichung von antifaschistischen und sonstigen demokratischen Adressen als Ziel hatte.





Titelseite des „Einblick“,
verbreitet Herbst 1993

Das Mainzer „Nationale Infotelefon“ veröffentlichte am 25. Mai 1994 dankenswerterweise eine komplette Liste aller Anti-Antifa-Adressen: Neben der Nationalen Liste in Hamburg findet sich dort Markus Privenau aus Bremen von der FAP, dessen Anschrift auch schon für die „Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene“ gedient hatte; die Adressen in Bonn und Duisburg sind FAP-Adressen. Das Postfach in Witten gehört der verbotenen „Nationalen Offensive“: in der Gegend um Köln tauchte ein erstes Anti-Antifa-Flugblatt mit einer Postlagerkarte als Adresse auf, ebenso bei der Anti-Antifa-Rhein-Main. Michael Petris Postfach in Wiesbaden gehört ebenso zu den Adressensammelstellen wie das von Manfred Huck von der süddeutschen ANK.

Letztendlich erstellt wurde der „EINBLICK“ angeblich von dem Nazi Norman Kempken aus Rüsselsheim, der schon 1990 in Madrid bei einer Gedenkveranstaltung für den spanischen Faschistenführer Franco teilgenommen hatte. Gedrukt wurde die Broschüre von Eberhard Hefendehl aus Rodach in Oberfranken. Hefendehl ist Inhaber einer „Odal – Druck- und Verlags-Gesellschaft“, bei der auch das antisemitische Blatt „Der Scheinwerfer“ erscheint, in dem auch Christian Worch schreibt. Hefendehl war ursprünglich NPD-Mitglied, und er nahm Ende der 70er Jahre an Lagern der Wiking-Jugend teil, bei der antifaschistische Journalisten militant angegriffen wurden. In den Spitzelberichten des VS-Agenten Gottwald/Reiser, der jahrelang die sich gründende NSDAP im Staatsauftrag bespitzelte (und es dabei bis zum Kassenwart brachte) taucht Hefendehl folgendermaßen

auf: „Hat eine Kampfgruppe von 15 Mann, unterhält enge Kontakte zu französischen Extremisten! Er hat Kontakte zu Roeder, Hamburg, Berlin und besitzt eine Druckerei. . .soll im Besitz von Waffen sein und fordert zu Gewalttaten auf. . . Wie Hefendehl berichtet, soll in Hamburg eine Gruppe um Wrobel bestehen, mit der er engen Kontakt unterhält.“ Die eigentlichen Initiatoren und Betreiber dieser Datensammelei der Nazis, Worch und Co. werden wahrscheinlich auch dieses Mal straffrei bleiben. Ursprünglich waren etwa neun Nazis der Produktion und Erstellung des Einblicks verdächtigt worden, darunter auch die Betreiber des „Nationalen Info-Telefons“ in Mainz, Michael Petri und Sascha Chavez. Von diesen neun wurden vier „mangels Beweisen“ bald wieder von der Liste gestrichen, ob gegen die drei übrigen überhaupt Anklage erhoben wird, ist unklar. Auf jeden Fall scheint die Nazi-Szene über das Auffliegen der „EINBLICK“-Macher gespalten: Das Nationale Infotelefon Hamburg verdächtigte Stefan Cunic, den Norman Kempken an den hessischen Verfassungsschutz verraten zu

Der Fall Wilhelmshaven

In Wilhelmshaven, wo der „Kameradschaftsbund Wilhelmshaven“ bis zu seinem Verbot im Herbst 1992 den lokalen Stützpunkt der Neonazis-Szene darstellte, wurde die Anti-Antifa-Kampagne der Neonazis ganz offen betrieben. Nicht nur, daß eine ganze Reihe von Antifaschisten im „EINBLICK“ vorgestellt wurden; es kursierte darüber hinaus ein Flugblatt, in dem mit Foto der örtliche antifaschistisch engagierte DGB-Sekretär vorgestellt und bedroht wurde. Wie bekannt wurde, war das Foto auf dem Flugblatt vom Hamburger Christian Worch den Wilhelmshavener „Kameraden“ zur Verfügung gestellt worden.



Hamburger Vorfälle

Im September 1992 überfielen einige Neonazis Aktivisten der „Antifa-Nien-dorf“ nach einem Treffen. Als gegen diesen Überfall etwa 60 AntifaschistInnen demonstrierten, rückten rund 50 Neonazis an, die von der Polizei gestoppt wurden; 15 wurden vorläufig festgenommen. Am selben Abend allerdings griffen etwa 50 rechtsradikale Randalierer die Wohnung eines Antifa-Aktivisten an und warfen die Scheiben mit Flaschen und Steinen ein. Von der Polizei wurden diese Auseinandersetzungen als „unpolitische Streitigkeiten zwischen Kurz- und Langhaarigen“ ver-harmlost.

Ende 1992 erhielt eine Frau in Schwarzenbek anonyme Drohanrufe und Drohbriefe. „Wenn Du mit dem Scheiß nicht aufhörst, bringen wir Dich um.“ Der angebliche „Scheiß“ war eine antirassistische Anzeige, die sie in einer lokalen Zeitung veröffentlicht hatte – ohne Angabe von Adresse oder Telefonnummer, die die Nazis sich zielstrebig besorgt haben müssen.

Bei der evangelische Simeon-Kirchengemeinde Bramfeld wurden Aufkleber der „Nationalen Liste“ und der „Republikaner“ auf den Schaukasten geklebt. Schon seit längerer Zeit ist die Gemeinde Ziel rechter Anschläge, es werden Gebäude besprüht und Mitarbeiter telefonisch terrorisiert.

Einer dieser Mitarbeiter ist der Pastor Klaus Jähn, der wochenlang telefonisch terrorisiert wurde. Flugblätter tauchten auf gegen Pastor Jähn mit dem Text: „Macht Jähn fertig wie Jürgen Brammer.“ Vor Jähns Haus marschierten drei Neonazis aus dem Umkreis der „Nationalen Liste“ auf und sangen das Horst-Wessel-Lied; im Hamburger „Nationalen Infotelefon“ wurde zu „spontanen“ Aktion aufgerufen. Die drei Neonazis, Thorsten B., Tobias T. und Hartmut W. werden zu drei Monaten auf Bewährung und einer Zahlung von jeweils DM 1500 an die jüdische Gemeinde Hamburg verurteilt. Ihr Anwalt ist Jürgen Rieger.

Mahmut Erdem, Direktkandidat der Hamburger Grünen in Hamburg-Mitte und Emigrant aus der Türkei, erhielt anonyme nazistische Drohbrieft, in denen er als „Scheinasylant“ und „Schwein“ beschimpft und mit Anschlägen bedroht wurde.

Seit Anfang 1994 wird Jürgen Brammer permanent von Neonazis bedroht. Er trat im Dezember 1993 als Produzent und Moderator einer Sendung „Nazis – Nein Danke“ im Hamburger „Offenen Kanal“ auf. Im Januar 94 dann wurde seine Anschrift und Telefonnummer in der Nazi-Zeitschrift „Nationales Echo“ Nr. 1 veröffentlicht mit dem Hinweis, „doch auch mal mit ihm zu sprechen“. Seitdem wird der Schwerbehinderte und Frührentner systematisch mit Telefonterror überzogen. In einer 4-seitigen Sonderausgabe des „Nationalen Echos“, wurde ein regelrechtes Dossier über Brammer veröffentlicht, Lebensgewohnheiten, eine vorformulierte Todesanzeige, ein Foto mit Zielscheibe etc. Brammer selbst macht Christian Worch für dieses Blatt verantwortlich; dieser leugnet die Urheberschaft und schiebt sie eher der

FAP zu. Drohbriefe aus Dresden aber beziehen sich eindeutig auf den „Kameraden Worch“, der Brammers „Entfernung aus dem Offenen Kanal“ gefordert habe. Doch ob Worch und die Nationale Liste oder die FAP – für Brammer sind das taktische Spielchen, denn immerhin wird das von FAP-Anhängern betriebene Nationale Infotelefon Hamburg von Worch intensiv genutzt. Und noch etwas ist äußerst merkwürdig: Bereits Tage vor der öffentlichen Verbreitung des „Nationalen Echos“ erhielt der Staatsschutz ein Exemplar vom Verfassungsschutz, allerdings aus einer „gerichtlich nicht zu verwertenden Quelle“. Hausdurchsuchungen wegen des Nationalen Echos haben bislang nicht stattgefunden.

In Eidelstedt wird der Maler Gerhard Lentz immer wieder durch rechtsradikale Telefonanrufen und Drohungen terrorisiert.

Er hatte sich darüber beschwert, daß NS-Schmierereien am Zaun einer Gärtnerei nicht entfernt wurden. Seine Adresse war im Sommer 1992 im Hamburger „INDEX“, und im Herbst 1993 im nationalen „EINBLICK“, veröffentlicht worden.

Anfang September 1994 erhielt der Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte, Jörgen Bracker, mehrere anonyme Drohbriefe wegen der dortigen Ausstellung „...wenn alles in Scherben fällt“: „Wenn Du Deinen Dreck nicht läßt, blasen wir Dir einen, daß Du mit Deinem Kasten in di Luft fliegst ehlenendes stinkendes Hetzgesindel!“ (Schreibfehler im Original). Wie die Polizei mitteilte, hat allein ein einziger Schreiber in den letzten zwölf Monaten (also seit Erscheinen des „INDEX“) rund 50 Briefe dieser Art geschrieben.

TAZ-Hamburg,
4.8.1994

Nazi bedroht Bundestagskandidat

■ Anonymer, rechtsradikaler Hetzbrief gegen den ausländischen Rechtsreferendar des Hamburgischen Oberlandesgerichts

Als Helmut Plambeck, Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts die Post öffnete, glaubte er seinen Augen nicht zu trauen. Sieben Seiten Rassenhass pur schlugen Plambeck aus dem Papier entgegen. Die Zielscheibe des rechtsradikalen, anonymen Schreibers ist der 31jährige Mahmut Erdem, Rechtsreferendar des Gerichts.

Der Emigrant aus der Türkei rückte in den Blickpunkt, als er von den Hamburger Grünen als Direktkandidat des Wahlkreises des Bezirks Hamburg-Mitte und auf Platz vier der Hamburger Landesliste für die Wahl zum Bundestag nominiert wurde.

„Ich nehme das Schreiben sehr ernst, aber ich habe keine Angst“, sagt Mahmut Erdem. Der anonyme Briefschreiber hatte ihn als „Schweinasylant“ und „Schwein“ be-

zeichnet und ihm körperliche Gewalt angedroht.

Auch Gerichtspräsident Helmut Plambeck nimmt die Schmähschrift nicht auf die leichte Schulter: „Wir wollen und können über ein solches Schreiben nicht einfach hinweggehen. Immer häufiger werden in diesem Lande Menschen fremder Herkunft, zumal solche, die sich politisch engagieren, bedroht und verunglimpft. Fast immer mit dem eindeutigen Ziel, sie einzuschüchtern und mundtot zu machen“.

Plambeck erklärt die Veröffentlichung des Sachverhaltes nicht nur mit seiner Empörung: „Angesichts der rassistischen und ausländerfeindlichen Übergriffe in der jüngsten Vergangenheit sind wir der Meinung, daß solche Drohungen öffentlich gemacht werden müs-



Mahmut Erdem Foto: H. Scholzen, um ihnen wirksam entgegenzutreten“.

Marco Carini

Rechtes aus Hamburg

Bergedorf – ein Zentrum der Neonazis

Seit Jahren ist der Hamburger Bezirk Bergedorf ein Zentrum der Neonazis-Szene. Insbesondere auch der Stadtteil Lohbrügge ist eine „Hochburg“ der „Nationalen Liste“ um Christian Worch und Thomas Wulff. In vielen Jugendtreffs werden ausländische und antifaschistische Jugendliche terrorisiert. In den letzten zehn Jahren war Bergedorf eines der Zentren rechter Randalen, von Überfällen bis hin zu Mordversuchen. Stellplätze für Sinti und Roma wurden überfallen (Brandanschlag 1987 auf dem Frascatiplatz; bei den Tätern wurden Flugblätter der rechtsradikalen „Hamburger Liste für Ausländerstop“ gefunden), eine türkische Frau wurde vor ein Auto geworfen, sogenannte „linke Zecken“ überfallen, Jugendzentren angegriffen etc. 1989 warfen Skins Brandbomben auf das Jugendzentrum „Unser Haus“. Im Sommer 1992 randalierten etwa 25 rechtsradikale Skins auf dem Stadteilstadt der „City-Partner-Bergedorf“; die Randalen dauerte bis in die Nacht. Übereinstimmend wird berichtet, daß in all den rechten Jugendbanden und Hoolgruppen jeweils organisierte Rechtsradikale von der FAP oder der Nationalen Liste mitgemischt haben.

Speziell aus der Lohbrügger Skinszene ist seit Jahren bekannt, daß hier Skins und Nazis eine enge Verbindung eingehen. Aus der nazistischen „Lohbrügge-army“ stammen die Mörder des Türken Rahmazan Avci, der Ende 1985 an der Hamburger S-Bahn-Station Landwehr mit einer Gehwegplatte erschlagen worden war. Mit dabei war damals ein Bruder des NL-Führers Thomas Wulff. Andere Mitglieder der Bande schlugen am 11.1.1986 einen Türken in einem Bus zusammen – ausgerechnet am Tag der Trauerdemonstration für Avci – und wurden in der Berufungsverhandlung – sie waren zu Geldstrafen verurteilt worden – freigesprochen, weil sie sich gegenseitig deckten und der Busfahrer entweder aus

Angst oder Zustimmung nichts gesehen haben will. Einer der Schläger von der Lohbrügge-army, Thomas Ludwig, war schon mehrfach im Zusammenhang mit der FAP festgenommen und abgeurteilt worden.

Speziell der nahe Sachsenwald, aber auch Sanddünen und Kiesgruben an der Stadtgrenze dienen den verschiedenen Gruppen als Gelände für ihre Wehrsportübungen. Sowohl Nationale Liste wie auch die FAP trainieren dort ihre Prügeleinsätze. 1990 beispielsweise machten etwa 40 Nazis aus Ratzeburg und Bergedorf Schießübungen im sogenannten Bunkerwald. 60 zusammengerufene Polizeibeamte ließen die Nazis unbehelligt, weil das Gelände so unübersichtlich und unwegsam sei.

Ende August 1992 wurde ein 22-jähriger Skin zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, seine Komplizen erhielten Haftstrafen auf Bewährung. Sie hatten im Sommer 1991 vor einem Disco-Schiff einen Türken niedergeschlagen und mit genagelten Springerstiefeln wiederholt auf ihn eingetreten. Das Opfer mußte mehrfach operiert werden. Die beiden jüngeren Komplizen sollen sich nach eigenen Angaben aus der rechtsradikalen Szene gelöst haben. Verteidiger war Jürgen Rieger.

Dabei scheint Bergedorf gar kein besonderer „Problembezirk“ zu sein. Mit 6,6%

AusländerInnenanteil wohnen hier am wenigsten Ausländerinnen von allen Hamburger Bezirken, die Wahlergebnisse der Rechten schienen bis zu den Bürgerschaftswahlen 1993 gar nicht besonders hoch und auch 1993 schaffte die DVU den Einzug ins Bezirksparlament nur wegen des Wahlverzichts der REPs in diesem Bezirk. Die dem Gericht oder Sozialarbeitern als rechts bekannten Jugendlichen stammen aus allen sozialen Schichten, kaum einer ist arbeitslos, fast alle sind in der Lehre oder Schüler; in den Gerichtsverfahren wird nahezu allen rechten Schlägern eine „günstige Sozialprognose“ erteilt. Und dennoch – oder gerade deshalb? – hat sich in Bergedorf unter dem Anschein der Wohlanständigkeit eine der rechtsradikalsten Jugendszenen gebildet. Nicht alle dieser Jugendlichen sind auf Dauer rechtsradikal organisiert, aber offenbar ansprechbar für rechtes Gedankengut und dementsprechende Taten, die sich dann nicht zuletzt in gezielter Gewalt gegen Ausländer, Sinti und Roma, antifaschistische oder auch nur nicht angepaßte Jugendliche austobt.

Wie jetzt anlässlich des Rücktritts des Innenministers Hackmann bekannt wurde, sollen auch Polizeibeamte an diesen Wehrsportübungen teilgenommen haben. Im Prozeß gegen Jürgen Rieger wegen einer Fahrt im März 1993 sagte Thomas Wulff aus, daß die Wehrsportübungen mit Genehmigung der Bundeswehr auf Bundeswehrgelände durchgeführt worden seien.

Unbekannt geblieben ist der demokratischen Öffentlichkeit jene Wehrsportgruppe, die im März 1994 bei Geesthacht von der Polizei beim Waffentraining beobachtet und teilweise festgenommen wurde.

Braunes an den Universitäten

1993 wurde bekannt, daß der Verfassungsschutz an der Hamburger Universität neofaschistische Burschenschafter beobachtet. Nach einigen Recherchen der Hochschul-antifa stellte sich dann heraus, daß insbesondere drei studentische Verbindungen (sogenannte

Burschenschaften) recht eindeutig dem neofaschistischen Spektrum zuzuordnen sind: Die Burschenschaft Germania Hamburg, die Burschenschaft Askania und die Pennale Burschenschaft Teutonia.

Im Haus der Burschenschaft Germania Hamburg in der Sierichstr. wohnte eine zeitlang der Hamburger FAP-Landesvorsitzende Andre Goertz; in diesem Haus wurden auch Aktionen u.a. des „Bürgerforums

Geesthacht Polizei hob Wehrsportgruppe aus



Drei der Neonazis liegen am Boden, haben die Hände über dem Kopf verschränkt. Fünf Polizisten bewachen sie.

Von MICHAEL BEHRENDT

Eine alte Dynamit-Fabrik zwischen Lauenburg und Geesthacht. Beliebter Ort für Nazi-Wehrsport-Übungen. Gestern gegen 14.30 Uhr: Eine Anwohnerin hört Maschinengewehr-Salven. Sie alarmiert die Polizei: „Die üben wieder im Wald. Ich habe Maschinengewehre gehört. Und acht Männer gesehen, in Tarnkleidung.“

Der Polizei-Hubschrauber „Libelle“ steigt auf. Fünf Streifenwagen fahren zu dem Waldstück am Bockhorster Hauptdeich. Zwei Hundeführer werden angefordert.

Minuten später: Die Beamten durchkäm-

men das Waldgebiet, sie tragen kugelsichere Westen, haben Maschinenpistolen.

Einer der Schäferhunde findet die richtige Spur zu einem alten Bunker. Drinnen kauern vier junge Männer. Kurze Haare, alle tragen Tarnhosen und -jacken. Sie tun unschuldig: „Wir haben nur Käsebrod gegessen. Und ein Feuer gemacht, um unsere nassen Socken zu trocknen.“

Nützt nichts, alle müssen zum Revier. Waffen wurden nicht gefunden. Weiter hinten auf dem Gelände finden die Polizisten frische Spuren. Dort sind die übrigen entwischt – offenbar mit den Waffen.

Bildzeitung,
14.4.1994

für die deutsche Einheit“ vorbereitet, in dem ein breites Spektrum der rechten Szene zusammenarbeitete - von der FAP, der NL, der NPD bis hin zu DVU und REPs. Die Burschenschaft Germania wirbt auch regelmäßig in der rechten, in etwa auf der Linie der REPs agierenden Zeitung „Junge Freiheit“. Auch die Burschenschaft Askania liegt in etwa auf dieser Linie: So lädt sie als Referenten das ehemalige Mitglied der REP-Programmkommission, General a.D. Uhle-Wettler, ein.

Besonders interessant ist die dritte im Bunde, die Schülerburschenschaft Teutonia Hamburg mit ihrer Zeitung „Freies Volk“, in deren Redaktion der ehemalige stellver-

tretende Hamburger REP-Vorsitzende Heiko Pätzmann und der ehemalige Beisitzer Rolf Leppert arbeiten. Im „Freien Volk“ wird außer der in derartigen Zeitungen zu erwartenden Ausländerfeindlichkeit auch das Deutsche Reich in den Grenzen von 1914 (incl. Ostpreußen) gefordert; außerdem finden sich Werbeanzeigen von noch weiter rechts stehenden Blättern wie „Europa vorn“ (Im Umkreis der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“), „Unabhängige Nachrichten“ (eindeutig neonazistisch) und „Junge Freiheit“. Die Schülerburschenschaft Teutonia ist einem „Allgemeinen Pennäler Ring“ angeschlossen, zu dem in

Hamburg auch noch die „Pennalie“ „Albia Harburgensis“ gehört.

Diese drei Burschenschaften schlossen sich 1990 zu einem „Deutschen Freundeskreis“ zusammen, auf dessen Veranstaltungen im Haus der Germania auch der berühmte David Irving, Leugner des Holocausts, oder der Leiter des neurechten Thule-Seminars, Pierre Krebs, aufgetreten sind.

Auch die Landsmannschaft Mecklenburgia Rostock hat kein Problem mit Neonazis: Sie sucht ihren Nachwuchs u.a. gezielt bei der Jugendgruppe „Sturmvogel“, einer Abspaltung der nazistischen Wiking-Jugend.

Nazis und Homosexuelle

Das Thema Homosexualität ist in Nazis-Kreisen heiß umstritten. Zum einen wird Homosexualität als „widernatürlich“ bekämpft, zum anderen müssen sich die Nazis eben auch damit auseinandersetzen, daß auch unter ihnen eine ganze Reihe Schwuler sind; dementsprechend existieren in dieser Szene erhebliche Widersprüche. Schon im historischen Hitlerfaschismus mußte der Vorwurf der Homosexualität herhalten, um 1934 im sogenannten „Röhmputsch“ mit der innerparteilichen Strömung fertig zu werden, die eventuell Hitler hätte gefährlich werden können.

Speziell in der Hamburger Neonazi-Szene hat es eine ganze Reihe von Schwulen gegeben. Der prominenteste von ihnen war Michael Kühnen selbst, an dessen Schwulsein sich in den 80er Jahren die Neonazi-Bewegung in der BRD ja gehörig in die Wolle geriet. Ende der 70er Jahre, als sich diese Neonazi-Szene um Kühnen und Worch in Hamburg herausbildete, waren neben Kühnen auch noch der Wirt des Lokals CanCan / Mickey Mouse am Sankt-Georgs-Kirchhof, Lothar Wrobel, sowie der später als Verräter ermordete Johannes Bügner wie auch dessen Mörder, Friedhelm Enk, als Schwule bekannt. Ob auch Michael Frühauf, Kühnens damaliger Stellvertreter und Anstifter des Mordes, zu dieser Schwulenszene gehörte, blieb unklar. Vor Gericht wurde er damals als „verkappeter“ Schwuler bezeichnet, der seine nicht eingestandene Neigung in Aggression



Nazianschläge in Hamburg und Umgebung –

- 30.9.1991 Zwei betrunkene Rechtsradikale legen Feuer in der Unterkunft für 800 Asylbewerber in der Kattunbleiche in Wandsbek.
- 5./6.10.1991 Rudolf-Steiner-Schule in Bergstedt: Mit „Juden raus“ und „Heil“ werden Wände beschmiert. Offensichtlicher Anlaß ist die Aufführung des antimilitaristischen Theaterstücks von Wolfgang Borchert „Draußen vor der Tür“ und die Arbeit einer „Initiative gegen rechts“. Ein portugiesisches Lokal in der Neustadt wird angesteckt; auch dort werden Hakenkreuze und Parolen entdeckt. In Lemsahl werden Gedenksteine beschädigt, in denen auf das ehemalige KZ hingewiesen wird. Zwei Männer versuchen, auf eines der Wohnschiffe für Asylbewerber im Hamburger Hafen zu gelangen; als dies mißlingt, kappen sie sämtliche Telefonanschlüsse.
- 13.10.1991 Brandstifter schlagen im Gemeindehaus der Matthäuskirche in Winterhude die Scheiben ein und werfen brennende Pappe in den Keller. Im Erdgeschoß lebt eine afrikanische Familie.
- 26.12.1991 Im Rönneburger Kirchenweg (Langenbek) und der Harksheider Straße (Poppenbüttel) werfen Randalierer mit Pflastersteinen Fenster von Wohncontainern ein und grölen: „Ausländer raus“.
- 7.1.1992 Marktstraße/St.Pauli: 37 Menschen werden von der Feuerwehr aus einem in Brand gesteckten Ausländerwohnheim gerettet, 13 erleiden Rauchvergiftungen.
- 13. März 1992 Berzelliusstraße/Billbrook: Brandstifter stecken im Flur eines Ausländerheims zwei Kinderwagen an. Mehrere Rauchvergiftungen.
- Juli 1992 Die „Sinstorfer Skinheads“ werden ausgehoben. Zwölf Glatzen zwischen 17 und 20 Jahren hatten einen „Rachefeldzug gegen Abtrünnige aus den eigenen Reihen“ beschlossen. Seit September 91 hatten sie Anschläge auf Asylbewerberheime (allein dreimal in Rönneburg) verübt, Brandsätze in antirasistische Treffs geworfen und andere Straftaten verübt. Bei ihren Anschlägen hatten sie FAP-Aufkleber hinterlassen und in ihren Wohnungen wurden gleich kilowise rechtsradikales Schriftgut gefunden. Angeblich waren sie aber keiner Mitglieder der FAP, die sie als „nicht organisierbar“ und „unzuverlässig“ einstufen.
- 8.9.1992 Rübenkamp/Barmbek: Unbekannte versuchen, im Bau befindliche Holzpavillons für Asylbewerber in Brand zu stecken.
- 16.9.92 Dratelnstraße/Wilhelmsburg: fünf Unbekannte schleudern Brandsätze gegen Container eines geplanten Asylbewerber-Dorfes.
- 22.9.92 „Mutmaßliche“ Rechtsradikale überfielen in Billstedt einen 19jährigen Schüler sowie zwei 30- und 32jährige Inder und stachen mit Messern auf ihre Opfer ein. Zwei wurden gefaßt.
- 12.10.1992 Simrockstraße/Blankenese: rechtsradikale Randalierer sprühen Parolen an die Wohncontainer des Asylbewerberdorfes. In Reinbek legen Brandstifter Feuer in einem Containerdorf.
- November 1992 Ein Sprengkörper wird in ein Billstedter Asylbewerberheim geworfen, der zum Glück nicht explodiert.

eine unvollständige Sammlung

- 4.5.1993** Ein 32jähriger Nazi aus Bramfeld mit Kontakten zur FAP stach einen Gast, nachdem er wegen Nazi-Sprüchen aus einer St.Pauli-Kneipe rausgeflogen war, nieder, der schwer verletzt wurde.
- 10.9.1993** Am Abend der Hamburger Bürgerschaftswahlen wurden zwei Brandsätze auf ein Ausländerheim in Wilhelmsburg geworfen. Wilhelmsburg war der Stadtteil mit den meisten rechtsradikalen Stimmen.
- 11.2.1994** Ein Obdachloser wurde ermordet in der Nähe des S-Bahnhofs Neugraben gefunden. Offenbar war er zusammengetreten worden, sein Schädel war zertrümmert.
- 12.2.1994** Ein elfjähriges Mädchen ist von drei Jugendlichen am S-Bahnhof Nottelmburg schwer zusammengeschlagen worden. Sie wurde als „Polin“, die „zurück in Dein Land“ gehen sollte, beschimpft.
- März 1994** Ein Schwarzafrikaner wird von fünf jungen Männern in der U-Bahn geschlagen und getreten. Durch das Eingreifen anderer Mitfahrender wurden die Täter an weiterem gehindert.
- 18. 5. 1994** Unbekannte zünden in Wellingsbüttel eine Flüchtlingsunterkunft an.
- Juni 1994** Im Osdorfer Knabeweg wird das Asylbewerberheim in Brand gesetzt. Gleich an fünf Stellen wird Feuer gelegt.
- August 1994** Rechtsradikale brechen in die Wohnung eines 26 Jahre alten Türken ein, besprühen die Wohnung mit Hakenkreuzen und Parolen und raubten sie aus.



umleitete. In der Kneipenszene in St. Georg gab es einige Schwulen-Treffs, in denen schwule Nazis ein- und ausgingen.

Als Beispiel für die schwulenfeindliche Hetze mancher Nazis sei hier der FAP-Vorsitzende Friedhelm Busse zitiert, der 1990 folgendes schrieb: „Anhänger und Mitläufer perverser Sexualpraktiken, die sich als ‘Nationalsozialisten’ bezeichnen, sind unsere unversöhnlichen Feinde. Ihnen gilt unser Ekel und unser Abscheu. Homosexualität und perverse Praktiken sind der Untergang eines jeden Kulturvolkes“. Zur Abwehr derartiger Hetze gegen den Kühnen-Flügel sah sich Worch genötigt, die Tatsache, daß Kühnen an AIDS gestorben ist (wie auch der drogenabhängige Neonazi Volker Heidel aus Hannover), einem KGB-Anschlag in die Schuhe zu schieben.

Im September 1993 veröffentlichte das Schwulenmagazin „Magnus“ einen Artikel „Als Nazis geboren? – Schwule Nazis schneiden sich ihre eigene Ideologie“ einen Artikel über die Hamburger schwule Nazi-Szene. Namentlich benannt wurde Lothar Wrobel, Wirt des CanCan und unbestritten sowohl schwul als auch Nazi, sowie die seit Jahren in Hamburg bekannten Fakten. Auf insgesamt 500.000.– DM Geldstrafe bei Veröffentlichung weiterer Einzelheiten über Wrobels rechtsradikales Treiben will dieser das Magazin verurteilen lassen – vertreten ausgerechnet von seinem langjährigen Nazi-Kameraden Rieger, der als erstes die Privatadresse des recherchierenden Journalisten in Erfahrung bringen wollte. Rieger ist ebenfalls Anwalt einer anonymen „Arbeitsgemeinschaft männlicher Gays“ (AMG), die seit längerer Zeit periodisch mit Hetzschriften gegen „homophobe Ausländer“, gegen angeblich unterlegene „Heteros“ zu Felde zog. Die „Szene“ hatte über diese AMG berichtet und Verbindungen zu Kühnen und Co. gezogen; gegen diesen Artikel hatte Rieger im Auftrag der AMG erfolglos eine Gegendarstellung zu erwirken versucht. Daraufhin wurden mindestens 30 Anzeigenkunden der „Szene“ mit Drohbriefen belästigt, in denen u.a. zu lesen war: „Wir hoffen, keine Fehlbitte getan zu haben. Andernfalls müssen wir uns vorbehalten, Ihnen persönlich und Ihren geschäftlichen Aktivitäten zu Leibe zu rücken.“ oder: „Wir sind durchaus bereit, auch homophobe Inländer in unsere Feindlisten aufzunehmen ... vielleicht kidnappen wir die beiden für ein lustvolles Wochenende mit Rohrstock und Peitsche. Das Leben ist voller Überraschungen.“ Insgesamt weiß der Anwalt der „Szene“ von etwa 250 - 300 derartiger Drohbriefe. Die Polizei hat angeblich die Ermittlungen aufgenommen.

Unerlaubte Fragen?

20 Jahre Hakenkreuz-Nazis in Hamburg – das sind nicht nur 20 Jahre Provokationen, Aufmärsche, Schmierereien, Überfälle und Anschläge. Diese Jahre sind auch gekennzeichnet von einer ganzen Reihe von Verwicklungen des Staatsapparats, die Fragen aufwerfen.

So wurde Mitte der 80er Jahre bekannt, daß ein VS-Agent unter dem Decknamen Reiser, jahrelang in der sich neu formierenden NSDAP als Spitzel tätig war und sich dabei bis zum Kassenwart der NSDAP emporgedient hatte. Die Spitzelberichte Reisers wurden bekannt und aus ihnen geht hervor, daß der Verfassungsschutz nicht nur von Anfang an bestens informiert war, sondern insbesondere auch über eine Hamburger Gruppe um Lothar Wrobel informiert wurde. Daß auch Eberhard Hefendehl, der heute als Produzent des „EINBLICK“ angeklagt wird, schon damals in den VS-Berichten auftauchte, überrascht da schon nicht mehr.

In Hamburg war es dann Michael Fruehauf, der einen Tag vor dem Mord am „Verräter“ Johannes Bügner im Mai 1981 als VS-Mitarbeiter angeworben wurde. Wie lange Fruehauf davor schon Kontakt zum VS gehabt hatte, wurde nie bekannt.

Die Braunschweiger ANS-NSDAP-Gruppe um Paul Otte und Kurt Wolfgram wurde vom VS-Agenten Lepzien direkt mitgegründet. Lepzien selbst wurde verurteilt, weil er mit dem Bau und Zünden von Rohrbomben seinen geheimdienstlichen Auftrag übertreten habe, später aber begnadigt. Michael Kühnen hatte intensiven Kontakt zu dieser Bande, deren Mitglied Kurt Wolfgram dann 1982 in München von der Polizei in einer wilden Schießerei erschossen wurde (siehe Abschnitt über Busse). Auch damals gab es einen „Mitteiler“, den die Polizei nicht durch eine Festnahme der Nazis an einem besseren Ort gefährden wollte. Wer dieser „Mitteiler“ gewesen war, wurde öffentlich nicht mitgeteilt.

Von Gründung der ANS 1977 bis heute kursieren bei den Neonazis Gerüchte über mögliche „Verräter“ in den eigenen Reihen. Auch Christian Worch wurde 1987 vom FAP-Landesvorsitzenden Wegner zumindest verdächtigt, Agent zu sein. Nur so läßt sich der Hinweis Wegners interpretieren, Worch habe „gewollt oder ungewollt... den Kameraden aus dem Rheinland (die zu einem Gautreffen der FAP in Großensee erwartet worden waren; d. Verf.) die Polizei auf den Hals gehetzt...“ Derartige Gerüchte waren offenbar zu manchen Zeiten dermaßen häufig, daß immer wieder die Chefs in Rundschreiben für „kameradschaftliche Disziplin“ sorgen mußten und in extra eingerichteten Sicher-

heitsdiensten sich organisiert dieser vorhandenen oder vermuteten Staatsschutz-Unterwanderung entgegenwirken wollten.

Auch Stefan Cunic, lange Zeit Betreiber des maßgeblichen Anti-Antifa-Telefons in Wiesbaden, wird mittlerweile von seinen Nazi-Kollegen vom Hamburger „Nationalen Info-Telefon“ als „Verräter“ verdächtigt, der die „EINBLICK“-Produzenten an den hessischen Verfassungsschutz verraten habe.

Und schließlich wurde im Prozeß um den Brandanschlag von Solingen nicht nur bekannt, daß der Betreiber der Kampfsport-schule Hak Pao, Bernd Schmitt, ein langjähriger Agent des VS gewesen ist, sondern daß auch Christian Worch sich dort zumindest einmal zum Training angemeldet hatte.

Daß der Hamburger Verfassungsschutz offenbar sehr gute Kontakte in die Hamburger Nazi-Szene hat, wird daran ersichtlich, daß das „Nationale Echo“, in dem der Antifaschist Jürgen Brammer auf die Terrorliste der Nazis gesetzt wurde, Tage vor seinem öffentlichen Auftauchen vom Verfassungsschutz an die Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei weitergeleitet wurde, mit dem Hinweis auf eine „nicht gerichtsverwertbare“ Quelle. So werden in aller Regel Informanten genannt, deren Enttarnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht opportun erscheint.

• ANZEIGE •



Die Rechte - eine Literaturlauswahl

- Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Hg. v. H.-U. Otto u. R. Merten (Leseke + Budrich) 1993,DM 29,80
- Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Hg. v. H.-M. Lohmann (Fischer tb. 12534) 1994,DM 18,90
- Kühnl, R.: Gefahr von rechts? Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten (Diestel) 3. Aufl. 1993,DM 26,00
- Rechtsextremismus in Deutschland. Vorausset-

zungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Hg. v. W. Benz. (Fischer Tb. 12276) aktual. Aufl. 1994, DM 18,90

- In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus, Hg. v. R. Hethy u. P. Kratz. (Die Werkstatt) 1991, DM 28,00
- Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Hg. v. M. Kirfel u. W. Oswald. (Europaverl.) 2. überarb. Aufl. 1994,DM 39,80
- Fromm, R.: Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus. (Schüren) 2. aktual. Aufl. 1994,DM 28,00

Literatur und Adressen

Diese Zusammenstellung beruht auf der Auswertung verschiedenster Quellen. Speziell zu Hamburg gibt es aus neuerer Zeit leider keine umfassende Zusammenstellung. Neben der Tagespresse dienen uns als Quellen insbesondere folgende Publikationen, die wir hiermit allen Interessierten empfehlen:

ak, „analyse und kritik“ (vormals „Arbeiterkampf“), Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58 b, 20357 Hamburg; speziell über die Anfangszeit der Hamburger Nazi-Banden in den Jahren 76 bis etwa Mitte der 80er Jahre fand sich dort das beste Material.

Aus der Arbeit des „Kommunistischen Bundes“ dienen auch folgende Broschüren zur Darstellung der Geschichte: „Hamburg - Stadt mit Herz für Nazis“, 1978; Materialmappe zum Thema Jugendliche Nazis in HH, 1982.

Neuere Informationen über die FAP in Pinneberg fanden wir „antifa-info Kreis Segeberg-Pinneberg/Nord-HH“, das über „Schwarzmarkt“, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, erhältlich ist.

Dort gibt es auch antifa-Materialien der „antifaschistischen aktion Hamburg“, die sich mit der „Nationalen Liste“ beschäftigen.

An der Universität ist die „Hochschul-Antifa“ tätig, die über den Asta zu erreichen ist: AStA Uni Hamburg, Von-Melle-

Park 5, 20146 Hamburg, Tel. Montags 14:30 – 16:30 Uhr, 450 204 53.

„Antifaschistisches Infoblatt“, Gneisenausstr. 2a, 10961 Berlin; unserer Meinung nach das beste regelmäßig erscheinende Infoblatt zum Thema Neonazismus; über dieselbe Adresse ist auch das „antifaschistische jugend-info“ zu beziehen.

Nicht nur Neonazismus, sondern - wie der Name schon sagt - alles rechts der CDU interessiert die Zeitschrift „Der Rechte Rand“, Rolandstraße 16, Postfach 1324, 30013 Hannover.

Blick nach rechts; 14-tägig erscheinender Informationsdienst aus der SPD-Baracke; teilweise recht informativ und aktuell, Sozialdemokratischer Pressedienst, Schumannstraße 2 b, 53113 Bonn

Für englisch verstehende Antifa ein *muß* ist die Zeitschrift „SEARCHLIGHT“ aus England, die wohl europaweit am besten informiert. Eine elektronische deutsche Ausgabe ist z.B. im Computernetz Com-Link zu haben - das Abo sollte aber unbedingt bezahlt werden: Searchlight Magazine, 37B New Cavendish Street, London W1M 8JR.

Ebenfalls teilweise elektronisch zu lesen sind die antifaschistischen Nachrichten der Volksfront gegen Reaktion und Faschismus im GNN-Verlag; auch dort unbedingt das Abo bezahlen.

„ANTIFA“, herausgegeben von: „Interessengemeinschaft ehemaliger Teilnehmer

am antifaschistischen Widerstand, Verfolger des Naziregimes und Hinterbliebener e.V.“, Chausseestraße 29, 10115 Berlin

Die weiter aufgeführten Zeitschriften haben mehr regionalen Charakter und überschneiden sich in ihren Berichten teilweise:

ATZE, Antifaschistische Zeitung Kiel, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel.

AntifaZ, Antifa-Zentrum, Herner Str. 43, 45657 Recklinghausen.

Antifaschistisches Info Frankfurt, c/o Cafe Exzess, Leipziger Straße, 60487

Frankfurt/Main

ZAG, Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Mittlerweile gibt es eine Reihe regional tätiger antifaschistischer Archive, Büros, Telefone etc., die teilweise ebenfalls über die elektronischen Netze veröffentlichen. Wer sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt, wird diese Adressen sehr schnell kennenlernen.

Außerdem haben wir als Quelle benutzt:

Drahtzieher im braunen Netz; der Wiederaufbau der „NSDAP“, edition ID-Archiv, Amsterdam

• ANZEIGE •

● Purtscheller, W.: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk. (Picus) 1994,DM 48,00

● Bio-Macht: S. Reinfeldt / R. Schwarz: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten. M. Foucault: Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus. (DISS-Texte 25) 2. Aufl. 1993,DM 7,00

● Fromm, R. / B. Kernbach: ...und morgen die ganze Welt? Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa. (Schüren) 1994,DM 38,00

● Lange, A.: Was die Rechten lesen. 50 rechtsextreme Zeitschriften. Ziele, Inhalte, Taktik. (Beck Tb. 1014) 1993,DM 19,80

● Hasselbach, I. (W. Bonengel): Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus. (Aufbau) 1993,DM 25,00

● Schmidt, M.: „Heute gehört uns die Straße...“ Inside-Report aus der Neonazi-Szene. (Econ-Tb. 26165), erweiterte Aufl. 1994,DM 18,90

● Antifa. Diskussion und Tips aus der antifaschistischen Praxis. Hg.: Projektgruppe (Ed. ID-Archiv) 1994,DM 14,80

● Tips und Tricks für Antifas. Aktionen - Aufbau einer Antifa-Gruppe. Hg.: Edelweiß-Piraten 1993,DM 4,50

● Dem Haß keine Chance. Projekthandbuch „Rechtsextremismus“. Handlungsorientierte Gegenstrategien...in der Jugendszene. Eine Sammlung von Ideen... (Verl. a. d. Ruhr) 1993,DM 19,80

● Wildenhain, M.: Wer sich nicht wehrt. Roman. (Ravensburger) 1994,DM 22,00

Periodika:

● Der Rechte Rand (Hannover), zwei-monatlich
● Antifaschistische Nachrichten, 14-tägig (Köln)
● Antifa (Berlin), zwei-monatlich

Interview mit Jürgen Brammer

Du bist von Neonazis bedroht worden. Wie kam es dazu?

Freunde von mir baten mich im Herbst 1993, Veranstaltungen einer Geschichtswerkstatt zum Hamburger Aufstand von 1923 auf Video aufzuzeichnen. Aus diesem Material habe ich einen Video-Film zusammengestellt, den ich im Hamburger „Offenen Kanal“, einem Stadtsender im Kabelnetz, zeigen konnte. Schon nach der ersten Sendung, in der im Abspann mein Name mit Adresse genannt wurde, bekam ich die ersten Nazi-Anrufe. Diese Anrufe nahmen derart zu, daß ich am 9.12.93 Strafanzeige wegen Belästigung und Bedrohung gestellt habe.

Wie sehen die Drohungen der Nazis konkret aus?

Im wesentlichen sind es Drohanrufe, deren erster Höhepunkt Ende 1993 war. Da wurde ich als „rote Drecksau“ beschimpft, „zum Abschluß freigegeben“, „Judensau verrecke. Dich kriegen wir auch noch“ und ähnliches. Manchmal kamen diese Anrufe ganz oft hintereinander, so z.B. am 28.12.93 sieben Mal in zwei Stunden. Diese Anrufe kamen während der Zeit, als in Österreich mehrere Briefbomben von Nazis verschickt wurden und u.a. dem Wiener Oberbürgermeister mehrere Finger abgerissen wurden.

Neben diesen Anrufen bekam ich REP-Streichholzheftchen und anonyme Briefe. Bei Mahnwachen, die ich durchführte, fiel mir auf, daß ich von einer Person „verfolgt“ wurde, die sich dann als „Raimund Vigneri“ ausgab von der „Stattpartei“; dort aber ist eine solche Person nicht bekannt. In den Wänden des Hauses, in dem ich wohne, wurden Einschüsse festgestellt, in meinem Briefkasten fand ich zerknüllte Briefe usw.

Gegen Dich wurde von Neonazis sogar ein eigenes Infoblatt gemacht. Wann tauchte das auf? Wer steckt dahinter?

Schon bei Beginn der Drohanrufe wurde mir mitgeteilt, daß mein Name nunmehr als Ergänzung auf der Liste des „EINBLICK“ stünde, der Liste von etwa 250 Adressen, die die Neonazis im Herbst 1993 veröffentlichten. Im April 1994 kam mir ein „Nationales Echo“ Nr. 1 zu Gesicht, in dem ein einseitiger „Steckbrief“ gegen mich veröffentlicht wurde. Im Hamburger „Nationalen Info-Telefon“ der FAP wurde mehrfach gegen mich gehetzt und für jeden Eingeweihten muß klar sein, daß damit zu Aktionen gegen mich aufgerufen wird. Schließlich gab es sogar eine nunmehr zwölf-seitiges „Nationales Echo“ nur zu meiner Person, in der sehr detailliert über meine Lebensgewohnheiten (Verkehrsmittel, Bäcker etc.) berichtet wird, was von erheblicher krimineller Energie zeugt. Wer dahinter steckt, ist recht offensichtlich: Das „Nationale Infotelefon“ wird von der FAP betrieben, die Anti-Antifa-Aktivitäten gingen bundesweit von der „Nationalen Liste“ um Christian Worch aus. Auch wenn nach außen hin diese beiden Gruppen Differenzen bekunden, arbeiten sie in Sachen „Anti-Antifa“ doch eng zusammen.

Wir haben gelesen, daß der Verfassungsschutz das Infoblatt gegen Dich schon sehr früh gehabt hat und an die Polizei weitergegeben hat. Wie siehst Du die Rolle der Behörden?

Das ist richtig. Die Polizei wollte das zwölfseitige Infoblatt von mir haben, obwohl sie es selbst schon vom Verfassungsschutz bekommen hatten. Die Quelle des VS aber sei nicht „verwertbar“. Daraus muß ich schließen, daß der VS Kontakte in die Nazi-Szene hinein hat. Insgesamt bin ich von der Polizei sehr enttäuscht. Nach meiner Anzeige von Anfang Dezember versuchte man, mich zu beruhigen, da würde doch nichts passieren. Erst nach einem Monat wurde eine Fangschaltung bei mir installiert für einige Wochen. Es war auffallend, daß in der Zeit der polizeilichen Fangschaltung nur ein

Anruf bei mir ankam, aus einer Telefonzelle im Saseler Damm. Während einer gewissen Zeit erhielt ich Sicherheitsstufe 5 - was immer das auch heißen sollte. Jedenfalls wurde in dieser Zeit der jüdische Friedhof in meiner unmittelbaren Nachbarschaft geschändet, ohne daß das LKA davon etwas mitbekommen hat. Nach dieser Zeit wurden die Akten in meinem Fall an die Staatsanwaltschaft weitergegeben, die die Verfahren zu den von mir eingeleiteten Strafanzeigen einstellte.

Wie schützt Du Dich gegen die Drohungen? Welche Schlüsse hast Du aus diesen Drohungen gezogen? Wie wehrst Du Dich? Was kann man gegen Nazis tun?

Ich bin natürlich vorsichtiger und aufmerksamer geworden, vielleicht auch mißtrauischer. Briefe und Päckchen, die ich nicht erwarte, werden von mir sorgfältig untersucht. In dem Haus, in dem ich wohne, habe ich die Nachbarn über diese Dinge informiert und gebeten, genauso vorsichtig zu sein, wenn Post für mich bei ihnen abgegeben werden soll. Mein Telefon ist jetzt über einen Anrufbeantworter „gepuffert“, damit ich nicht jeden Mist spontan anhören muß. Außerdem habe ich privat die Fangschaltungen fortgeführt und darüber einige Personen identifizieren können. Diesen Personen habe ich Briefe geschrieben, um ihnen zu zeigen, daß sie bekannt sind. Das wichtigste aber zu meinem Schutz ist auch die Fortführung der antifaschistischen Arbeit. Für mich heißt dies, daß ich im „Offenen Kanal“ in mehreren Sendungen „Nazis - Nein danke“ diese Dinge an die Öffentlichkeit getragen habe, daß ich Mahnwachen vor dem „Nationalen Infotelefon“ gemacht habe, daß ich auf verschiedenen offiziellen Veranstaltungen mit antifaschistischem Charakter auf diesen Skandal aufmerksam mache etc. Zur Zeit bin ich beteiligt an einem „Runden Tisch“, der alle zwei Wochen im Cafe im Gewerkschaftshaus tagt und weitere Möglichkeiten antifaschistischer Politik diskutiert. Nicht die Opfer des Terrors müssen sich verstecken, sondern die Täter!